

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Nitzsche, Berlin.
Telefon: Amt Dönhoff 4196/4198



Adresse für Verlag und Schriftleitung:
Berlin O 31, Dönhofsplatz 6
Drehmaschinen: Copeland

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.
Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Abdruckung ist ebenfalls 4 Wochen vor dem Erscheinen, wenn nicht anderes vereinbart ist. Erscheinungsort für beide Zeile ist Berlin.

Berlin, den 14. März 1930

Neue Agrarzollpläne.

Ermächtigung für die Regierung?

Int. Institut
Soc. Geschichte
Amsterdam

SPD. Mit den in den letzten Tagen im Reichstag stattgefundenen Besprechungen haben die Auseinandersetzungen zwischen der Sozialdemokratie und den bürgerlichen Parteien über die vom Reichsernährungsministerium angekündigten Sofortmassnahmen für die Landwirtschaft begonnen. Es ist zuzugeben, dass die Preise für Roggen, die gegenwärtig auf rund 140 Mark pro Tonne gegenüber 158 Mark vor dem Krieg liegen, ausserordentlich niedrig sind. Auch die im Dezember 1929 durchgeführten Zollmassnahmen haben sich nicht in eine Preissteigerung ausgewirkt; die Zollerhöhung ist vielmehr durch eine stark rückläufige Entwicklung der Weltmarktpreise ausgeglichen worden. Die Preise für alle Getreidearten liegen heute zumindest etwas, bei Roggen sogar stark unter den Preisen im Dezember 1929. Neue Massnahmen zur Stützung der Roggenpreise, insbesondere durch Beeinflussung der Futtermittelpreise, werden daher erwogen.

Die Pläne des Reichsernährungsministeriums gehen dahin, den Maiszoll durch ein Maismonopol abzulösen und für Futtergerste einen differenzierten Zoll einzuführen. Das Maismonopol bietet bei richtiger Konstruktion gegenüber dem bisherigen Zustand den Vorteil, dass allzu starke Preisstürze und Preisübersteigerungen auf dem Maismarkt abgeschwächt und dadurch eine gewisse Stabilisierung der Maispreise erreicht werden kann. Der vorgesehene Differentialzoll für Futtergerste hat den Zweck, den Schweinemästern in Nordwestdeutschland, soweit sie deutschen Roggen mit Gerste vermischt verfüttern, die Gerste zum verbilligten Zoll - von den Sozialdemokraten wird die Wiedereinführung des 2-Mark-Gerstenzolls angestrebt - verkauft werden kann, während die anderen Schweinemäster einen höheren Zoll bezahlen sollen. In diesem Zusammenhang sprach der Reichsernährungsminister kürzlich von einem Gerstenzoll in Höhe von 12 Mark.

Von bürgerlicher Seite werden noch viel weitergehende Massnahmen zur Steigerung der Getreidepreise gefordert. So soll die Regierung eine, allerdings auf das Kalenderjahr 1930 beschränkte Ermächtigung bekommen, die Zölle für Weizen, Roggen und Gerste nach freiem Ermessen so zu erhöhen oder zu ermässigen, dass die im Gleitzollgesetz vom Dezember 1929 festgelegten Richtpreise von 260 Mark je Tonne Weizen und 230 Mark je Tonne Roggen erreicht und behauptet werden. Weiterhin wird die Einführung eines Kleiezolls als Schutz gegen die polnische Kleieinfuhr, ferner die Erhöhung des Kartoffelzolls für die Zeit vom 15. Februar bis zum 31. März gefordert.

Ein anderer Plan zielt darauf hin, den Weizenzoll ohne Ermächtigung zu erhöhen - die Grüne Front will an Stelle des bisherigen Zolls von 95 Mark einen Zoll von 200 Mark -, um durch Verteuerung des Weizens einen verstärkten Anreiz zum Roggenkonsum zu schaffen. Sollte dieser Plan vom Reichsernährungsminister ernstlich erwogen werden, so würde er in der Sozialdemokratie den stärksten Widerspruch und den stärksten Widerstand auslösen. Der Ku-

riosität halber sei erwähnt, dass von gewissen Kreisen neben der Erhöhung des Weizenzolls die Einführung einer inländischen Weizensteuer angestrebt wird. Mit Hilfe einer solchen Steuer will man - man denke! - die Arbeitslosenversicherung sanieren. Angesichts der Lächerlichkeit eines solchen Planes, ausgerechnet mit einer Brotsteuer, die wohl den Gipfelpunkt unsozialer Steuer-massnahmen darstellt, die Finanzschwierigkeiten in der Arbeitslosenversicherung zu beseitigen, erübrigt sich wohl jede Stellungnahme. Leider hat der Ernährungsminister auch wieder einen Plan aufgegriffen, von dem man annahm, dass er für immer begraben sei. Es handelt sich um den Beimischungszwang von Roggen zum Weizenmehl und zwar will der Reichsernährungsminister eine 20%ige Beimischung von Roggen, auch bei importiertem Weizenmehl. Der Reichsernährungsminister verspricht sich davon eine Steigerung des Roggenverbrauchs. Wir sind der begründeten Auffassung, dass sich die Verbraucherschaft einen solchen Konsumzwang nicht gefallen lassen wird. Von der Beimischung haben wir nur einen Rückgang des Brotgetreideverbrauchs zu erwarten. Der Landwirtschaft wird also durch solche unnütze Objekte nicht geholfen.

Aber auch gegen die übrigen Massnahmen, vor allem gegen die Ermächtigung für die Regierung, die Zölle zur Erreichung eines von der Sozialdemokratie immer als stark überhöht bezeichneten Richtpreises nach freiem Ermessen zu ändern, also, wie es wohl in der Praxis sein wird, heraufzusetzen, müssen schwere Bedenken geltend gemacht werden. Würde der Regierung eine solche Ermächtigung gegeben, so besteht starke Gefahr, dass die deutsche Agrarpolitik auf die schiefe Ebene gerät, dass durch den einseitigen Getreideschutz besonders die ostelbische Grosslandwirtschaft subventioniert, die Ernährung der städtischen Bevölkerung schwer gefährdet und die bäuerliche Veredelungswirtschaft schwer geschädigt wird. Erhöht man die Getreidepreise, so sind auch neue Zollforderungen für die Veredelungsprodukte, d.h. für Fleisch, Eier usw. nicht zu vermeiden. Eine allgemeine Teuerungswelle wäre die Folge dieser Massnahmen.

Die Politik der Sozialdemokratie wird daher in den kommenden Kämpfen darauf eingestellt sein müssen, von den Plänen des Reichsernährungsministers diejenigen Programmpunkte zu unterstützen, die sich in das mit der Wendung der deutschen Agrarpolitik begonnene landwirtschaftliche Reformprogramm einpassen. In dem Sinne könnte die Sozialdemokratie einer Revision der Gerstenzollordnung und der Einführung eines Maismonopols nähertreten. Die übrigen Pläne des Reichsernährungsministers können wir nur skeptisch betrachten.

SPD. Genf, 14. März (Eig. Drahtb.)

Die Erklärung des englischen Handelsministers Graham, zu deren Entgegennahme am Freitag vormittag eine Vollsitzung der Wirtschaftskonferenz einberufen worden war, richtete sich sowohl gegen die einseitige Bevorzugung des kontinentalen Handelsvertragssystems im französischen Entwurf wie gegen Versuche, die Italien im Redaktionsausschuss unternommen hat und deren Gelingen das Abkommen vollständig entwerten würde.

Graham betonte zu Beginn seiner Rede, dass England bereit gewesen wäre, den ursprünglichen umfassenden Zollfrieden anzunehmen und es mit anderen Freihandelsländern darüber einig sei, dass man gegenwärtig nur noch um ein Minimalprogramm verhandele. England sei aber bereit, der gegenwärtigen Lage Rechnung zu tragen, um ein Scheitern der Konferenz und damit eine neue Welle des Protektionismus zu verhindern. Graham ging dann auf einzelne Artikel des Abkommensentwurfes ein und wies darauf hin, dass das notwendige Gleichgewicht zwischen Handelsvertrags- und Freihandelsstaaten noch nicht hergestellt sei. Es müsse vor allen Dingen verhindert werden, dass von seiten der Handelsvertragsstaaten lange Listen von Ausnahmen vorgelegt werden, die ohne weiteres nicht unter das Abkommen fallen. Selbst als Minimalabkommen dürfe das Abkommen nicht zu eng gefasst werden, sondern müsse so,woehl eine grosse Anzahl von Ländern wie die grösste Anzahl der Zollsätze binden.

Graham verlangte schliesslich die prinzipielle Zustimmung der Konferenzstaaten zu dem Programm der Fortsetzung der wirtschaftlichen Aktion, wobei er die in diesem Programm versprochene Herabsetzung der Zölle hervorhob. Eine wirtschaftliche Zusammenarbeit und wirtschaftliche Verständigung sei nie notwendiger als heute. Wenn die Konferenz nichts erreiche, würde der Wunsch nach Zollschutz in allen Ländern eine ungeheure Stärkung erfahren.

SPD. Paris, 14. März (Eig. Drahtb.)

Der Senat hat am Freitag vormittag die Sisyphus-Arbeit an der Gesetzesnovelle über das Sozialversicherungsgesetz fortgesetzt. Es fehlte auch diesmal nicht an Versuchen der Reaktion, das ohnehin schon reichlich verstümmelte Gesetz noch einer zweiten Revision zu unterziehen, bis schliesslich von der mit so viel Lärm angekündigten grossen Sozialreform nur noch der Namen übrig blieb. Immerhin blieben diesmal die Linke und das linke Zentrum allen Sabotageversuchen gegenüber fest, sodass die zur Diskussion stehenden Kapitel ohne wesentliche Abänderungen angenommen wurden.

Von den wichtigeren Artikeln, die erledigt wurden, sei § 1 von Artikel zwei erwähnt, der bestimmt, dass die Mittel für die Sozialversicherungskassen, sofern sie nicht durch staatliche Zuwendungen gedeckt sind, zur Hälfte von Arbeitgebern, zur Hälfte von Arbeitnehmern getragen werden sollen, bei den letzteren in der Form des Abzuges vom Arbeitslohn. Was die vielumstrittene Frage der Einteilung der Arbeiter in vier Gehaltskategorien betrifft, lag ein sozialistischer Zusatzantrag vor, der die Erhöhung der Lohnklassen von vier auf fünf befürwortet. Infolge der Abwesenheit des Antragstellers wurde der Antrag an die Kommission zurückverwiesen. Ein Antrag des sozialistischen Senators Violin, der verlangt, dass die Altersgrenze für den Anspruch auf Altersversorgung, die nach den bisherigen Bestimmungen vom 65. Jahre ab gewährt werden sollte, auf eigenen Wunsch der Arbeiter beliebig hinausgeschoben werden könne, wurde trotz der entrüsteten Proteste der Rechten, des Arbeitsministers und sogar des Berichterstatters, die von dieser selbstverständlichen Konzession an die Arbeitswilligkeit der Veteranen eine "Bedrohung des Staatshaushalts" fürchteten, mit knapper Majorität angenommen. Darauf kam es zu einem neuen Vorstoss der Reaktion. Der Abg. Michel stellte den Antrag, die Schaffung der obligatorischen Krankenkassen auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben, und sich vorderhand mit der Gründung weniger Hilfskassen zu begnügen. Der Senator begründete seinen Antrag mit der Formel, dass in sämtlichen Ländern in den obligatorischen Krankenkassen Missbräuche zu verzeichnen seien, und dass ihre Schaffung in Frankreich "eine schwere Belastung für den Handel" darstellen würde. "Man dürfe Simulanten und eingebildeten Kranken keinen Vorschub leisten" schloss der Senator seine Rede. Es gereicht dem Senat zur Ehre, dass er diesen Antrag mit der überwältigenden Mehrheit von 235 gegen 33 Stimmen ablehnte. Der Artikel über die Krankenkassen wurde sodann angenommen und die Sitzung vertagt.

SPD. Sofia, 14. März (Eig. Drahtb.)

In diplomatischen Kreisen verlautet, dass in Verbindung mit den jüngsten Attentaten der Mazedonier in Serbien ein englisch-französischer Schritt bei der bulgarischen Regierung bevorsteht. Beide Mächte sollen entschlossen sein, Bulgarien zu geeigneten Massnahmen gegen die Attentatsseuche aufzufordern.

SPD. In der KPD tritt gegenwärtig eine neue Opposition in Erscheinung. Nach dem Hinauswurf der Linken um Urbahns, der Rechten um Brandler und nach der Niederwerfung der Versöhnlergruppe regt sich jetzt wieder die sog. Weddinger Opposition, die schon einmal vor Jahren der KPD-Leitung schwer zu schaffen gemacht hat. Die Weddinger Opposition wurde von dem Pfälzer Heinz Weber, ehemaligen Mitglied der KPD-Zentrale, und einem gewissen Riese geführt. Weber wurde ausgeschlossen, verlegte dann Trotzki-Broschüren und siedelte nach seinem früheren Wirkungskreis, nach der Pfalz über, wo er, unterstützt von Trotzki, ein Organ "Der Pionier" herausgibt. Riese kroch zu Kreuze. Nunmehr hat die Anhängerschaft dieser Richtung erneut den Kampf in der KPD aufgenommen. Sie verlangen in den Mitgliederversammlungen Diskussionsfreiheit und legen eine Resolution vor, in der festgestellt wird, dass die KPD Losungen: "Für ein Sowjetdeutschland", "Kampf um die Diktatur des Proletariats" nicht geeignet gewesen wären, die Massen in Bewegung zu setzen. Weiter heisst es in der Resolution u.a. :

"Der grösste Teil der Arbeiterschaft ist noch immer von reformistischen Illusionen befangen, an deren Vorhandensein die Taktik der Partei den grössten Anteil hat. Die zum Teil revolutionäre Stimmung bei den Erwerbslosen ergibt kein Bild von der Stimmung der Gesamtarbeiterschaft. Da heute eine akute revolutionäre Situation nicht gegeben ist, und die Mehrheit der Arbeiterklasse nicht unter dem Einfluss der Partei steht, so ist die Taktik der Partei falsch, die eher 100 Arbeiter zum Bau einer Barrikade, als 100 000 zum Widerstand gegen die Kapitaloffensive bringt. Diese Taktik ist eine Putschtaktik und führt notwendigerweise zur Niederlage.

Die Fehler der Partei drohen sie von den Massen zu isolieren, die Massen werden, wenn die Partei nicht rasch und sicher den Kurs ändert, ebenso teilnahmslos die Schläge gegen die Partei mit ansehen, wie sie es bei dem Verbot des RFB, der Antifaschistischen Jungen Garden und der Besetzung des Karl-Liebknecht-Hauses taten.

Die schweren Fehler der Partei gestatten es den rechten und opportunistischen Strömungen in der Partei, zu wachsen und ihre zersetzende Tätigkeit zu verstärken.

Die Eröffnung der Diskussion in der Partei und Presse, über die Fragen, die die Einschätzung der Lage im internationalen und deutschen Masstabe betreffen, ist deshalb von äusserster Notwendigkeit."

Die Parteibürokratie im Karl Liebknecht-Haus ist von dem plötzlichen Auftreten der Weddinger Opposition überrascht. Den Wortführern und Verteidigern der vorstehenden Resolution wird der Ausschluss angedroht. Aber trotzdem nimmt die Oppositionsbewegung innerhalb der KPD zu. In den Mitgliederkreisen der KPD erwartet man einen neuen Ekki-Brief, der einen neuen Kurs und unter Umständen auch eine Personaländerung in der Parteispitze befehlen soll.

SPD. Leipzig, 14. März (Eig. Drahtb.)

Vom vierten Strafsenat des Reichsgerichts wurde am Freitag der 31. Jahre alte Schriftleiter der "Roten Fahne", Richard Schulz, wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu 1 Jahr 3 Monaten Festungshaft verurteilt. Schulz zeichnete vom 20. Juli bis 15. August 1929 für die "Rote Fahne" verantwortlich. Während dieser Zeit erschien in der Zeitung vom 8. August 1929 ein Artikel: "Heraus aus der Bourgeois-Verfassung!" und am 11. August ein weiterer Artikel: "Fort mit der bürgerlichen Republik, kämpft für die Sowjetmacht!" Beide Artikel beschäftigten sich in kommunistischer Art mit der Zehnjahrfeier der Reichsverfassung. In beiden Artikeln erblickte die Reichsanwaltschaft eine Vorbereitung zum Hochverrat. Der Reichsanwalt hatte 1 Jahr 3 Monate Festung beantragt.

SPD. Paris, 14. März (Eig. Drahtb.)

Im Hafen von Cherbourg treiben kommunistische Provokateure seit einigen Tagen ihr Unwesen. Sie haben vor kurzem einen ziemlich aussichtslosen Teilstreik angefangen, der von der Mehrzahl der Dockarbeiter nicht gut geheissen wurde. Um diese nun ihren Zwecken gefügig zu machen, haben die Streikenden zu dem Mittel gewaltsamer Sabotage gegriffen. Man fand in einer der grossen Lagerhallen des Hafens eine Dynamit-Patrone mit verkohlter Zündschnur, die der Regen zum Glück ausgelöscht hatte. In der betreffenden Halle sind grosse Sprengstoffvorräte aufgestapelt; das Gelingen des Attentates hätte daher eine unabsehbare Katastrophe herbeigeführt und viele Opfer, in erster Linie natürlich aus den Reihen der Lagerarbeiter selbst gefordert.

SPD. Das Wahlprüfungsgericht beim Reichstag befasste sich am Freitag mit dem Ergebnis des Volksentscheids und fasste folgenden Beschluss :

"Die Abstimmung bei dem Volksentscheid vom 22. Dezember 1929 ist gültig. An der Abstimmung hat sich nicht die Mehrheit der Stimmberechtigten beteiligt."

Die Pleite Hugenbergs hat damit ihre amtliche Bestätigung erfahren.

SPD. München, 14. März (Eig. Drahtb.)

Die Entscheidung des Bayerischen Staatsgerichtshofes über die Verfassungswidrigkeit des bayerischen Landeswahlgesetzes ist nun mit einer ausführlichen Begründung dem Landtag zugeleitet worden, die deshalb von Bedeutung ist, weil sie die Richtlinien enthält, unter denen das Wahlgesetz umzugestalten ist. Durch die Entscheidung ist das in Bayern vorhandene System der Benennung der 15 Landtagsabgeordneten als im Widerspruch mit Artikel 17 der Reichsverfassung befindlich erklärt worden. Die Begründung sagt dazu, dass dem wählenden Volke jede Mitwirkung bei der Auswahl der als Landesabgeordnete zu berufenden Persönlichkeiten völlig entzogen ist, dass der Wille der Wählerschaft also verdrängt wurde und das ganze Verfahren infolgedessen unter keinen Umständen als eine unmittelbare Volkswahl anerkannt werden kann. Dagegen befindet sich das bestehende System der Reststimmverteilung ganz im Einklang mit der Reichsverfassung, da es ebenso wie das Reichswahlrecht nur das Eindringen kleinerer Parteien in die Volksvertretung durch gesetzliche Festlegung von Stimmenmindestzahlen erschwert.

Starke Bedenken erhebt die Begründung des Urteils aber gegen das in Bayern angewandte sogenannte Flächenprinzip, das von vornherein ohne Rücksicht auf die schwankende Einwohnerzahl jedem der acht Wahlkreise eine bestimmte Zahl von Abgeordnetensitzen zuteilt, wodurch das flache Land ausserordentlich bevorzugt wird. Für die Wahl des Jahres 1928 sei gerade noch anzuerkennen, dass der Grundsatz der gleichen Wahl nicht verletzt wurde. Für die künftigen Wahlen aber sei unbedingt eine Anpassung der zugewiesenen Abgeordnetensitze an die Veränderungen der Einwohnerzahl notwendig. Bemerkenswert ist schliesslich noch die Feststellung, dass der gegenwärtige Landtag selbst nicht verfassungswidrig zusammengesetzt ist, da nach Artikel 33 der Verfassungsurkunde über die Gültigkeit der Wahl der Landtag selbst zu entscheiden hat und jeder Abgeordnete solange Mitglied der Volksvertretung bleibt, als ihm diese Mitgliedschaft nicht ausdrücklich aberkannt wird.

SPD. Paris, 14. März (Eig. Drahtb.)

Die Finanzkommission der Kammer beginnt, wie amtlich mitgeteilt wird, am nächsten Dienstag die Vorprüfung des Young-Planes und der Haager Vereinbarungen. Am Donnerstag soll die Kommission für auswärtige Angelegenheiten ihre Ansicht darüber abgeben und am Freitag soll die Diskussion im Plenum der Kammer beginnen. Man erwartet, dass die Ratifizierung bis zum 26. oder 27. März erreicht werden kann.

SPD. München, 14. März (Eig. Drahtb.)

In den letzten Tagen sind immer wieder Gerüchte laut geworden, die von einer Verhaftung von Reichswehroffizieren in bayerischen Garnisonen wegen Verseuchung des Heeres mit nationalsozialistischer Propaganda wissen wollten. Die zuständigen Stellen dementieren entweder diese Gerüchte oder beschränken sich darauf, auf alle Anfragen jede Auskunft beharrlich zu verweigern. Indes ist Tatsache, dass im Zusammenhang mit der kürzlich erfolgten Verhaftung eines nationalsozialistischen Sturmtruppführers in Kassel ein kurz zuvor aus der Reichswehr in Ulm ausgeschiedener Oberleutnant und zwei jüngere Reichswehroffiziere der Ulmer Garnison am Dienstag hinter Schloss und Riegel gesetzt wurden. Das bei ihnen gefundene reichlich belastende Material wies nach München, Ingolstadt und Regensburg, wo weitere Verhaftungen von Reichswehrangehörigen, aber auch von Personen ausserhalb des Heeres zum Teil vollzogen wurden, zum Teil unmittelbar bevorstehen.

SPD. Die Berliner Verkehrsgesellschaft (BVG) ist dabei, die viel erörterte Anleihetransaktion mit einem Bankenkonsortium, das unter Führung der Danatbank steht, durchzuführen. Es handelt sich um die Beschaffung eines Kredits in Höhe von 80 Millionen Mark. Davon sind 15 Millionen Mark bereits gegeben worden. Das Bankenkonsortium hat die Gewährung der Anleihe von einer Neuregelung des Verhältnisses zwischen der BVG und der Stadt Berlin abhängig gemacht. Es soll u. a. ein Zustimmungsvertrag geschlossen werden. Worauf sich dieser Zustimmungsvertrag erstrecken soll, wird in der Mitteilung des Berliner Magistrats nicht gesagt.

Es ist jedoch anzunehmen, dass die Banken die Situation bei der BVG und bei der Stadt Berlin zu einem starken Druck ausnutzen werden. Die Lage bei der BVG hat sich dadurch kompliziert, dass sie, den Anforderungen der Verkehrssteigerung entsprechend, Bahnen bauen musste, ohne das nötige Geld zu haben. Man half sich durch die Aufnahme schwebender Kredite und gab den Banken damit ein starkes Pressionsmittel in die Hand. Die Stadt Berlin und die BVG stehen vor der Notwendigkeit, sich mit Aufbietung aller Energie aus der finanziellen Umklammerung zu befreien, die zuguterletzt durch die Abdrängung der Kommunen von den ausländischen Geldmärkten verursacht worden ist. Je eher die BVG die Konsolidierung bzw. Abtragung der schwebenden Schuld erreicht, desto eher kommt sie aus der finanziellen Umklammerung heraus; was unbedingt geschehen muss, selbst angesichts der Tatsache, dass die BVG an das Bankenkapital vorübergehende Konzessionen hinsichtlich der Zinszahlungen usw. machen muss.

SPD. Bern, 14. März (Eig. Drahtb.)

Das Bundesgericht hat seine Untersuchung über die faschistischen Spitzelzentralen abgeschlossen und die Akten der Regierung übersandt.

Von offiziöser Seite wird dazu mitgeteilt, dass es sehr schwierig sein würde, gesetzliche Bestimmungen zu finden, aufgrund deren man die entdeckten

Spitzel bestrafen könnte. Nach dem Schweizer Strafgesetzbuch ist nur militärische Spionage strafbar, während die entlarvten faschistischen Spitzel Berichte über politische Persönlichkeiten nach Italien leiteten. Man wird die Spitzel italienischer Staatsangehörigkeit sicherlich ausweisen, während die Schweizer Staatsangehörigen vorläufig mit der moralischen Verachtung, die ihnen von allen Seiten entgegengebracht wird, davonkommen dürften.

SPD. Die Zahl der im Zusammenhang mit dem Überfall auf Reichsbannerleute in Röntgental festgenommenen Nationalsozialisten hat sich inzwischen auf 16 erhöht.

An dem Überfall war u.a. auch ein 17 jähriger Gymnasiast der Heinrich Schliemann-Schule in Berlin beteiligt. Der Schüler war Mitglied eines nationalsozialistischen Schülerbundes, der von dem zuständigen Direktor inzwischen verboten worden ist. Gegen den Schüler ist bereits richterlicher Haftbefehl erlassen worden.

SPD. Wien, 14.März (Eig.Drahtb.)

Die gemeinsame Abwehrfront aller Gewerkschaften gegen das Antiterrorgesetz wurde am Freitag von den christlichen und völkischen Gewerkschaften gesprengt. Die beiden Organisationen haben der Arbeiterkammer am Freitag mitgeteilt, dass sie an den weiteren Beratungen dieser Institution nicht mehr teilnehmen werden. Die freien Gewerkschaften beantworteten diesen Dolchstoß mit einer Erklärung, in der es u.a. heisst, dass sie jetzt allein den Kampf energisch weiterführen werden.

SPD. Paris, 14.März (Eig.Drahtb.)

Ministerpräsident Tardieu wird am Sonnabend nach London abreisen, Er wird das Wochenende zu eingehenden Besprechungen mit MacDonald in Chequers benützen und voraussichtlich bereits am Montag nach Paris zurückkehren.

SPD. Genf, 14.März (Eig.Drahtb.)

Der zweite Ausschuss der Wirtschaftskonferenz begann am Freitag die Beratung des von den Unterausschüssen zusammengestellten Programms der weiteren Wirtschaftsaktion. Das Ziel dieser Aktion soll sein: die Verbesserung der Produktion und des Warenaustausches, die Vergrößerung der Märkte und die Erleichterungen der Verbindungen zwischen den Märkten. Dieses Ziel soll erreicht werden auf dem Wege, den schon die Wirtschaftskonferenz des Jahres 1927 vorschlug, doch soll eine bindende Verpflichtung der Staaten für eine Reihe von Konferenzen und Untersuchungen eingegangen werden.

SPD. Warschau, 14.März (Eig.Drahtb.)

Der Sejm hat am Freitag den Misstrauensantrag der sozialistischen Fraktion gegen den Arbeitsminister Prystor mit 151 gegen 120 Stimmen angenommen. Da Ministerpräsident Bartel sich vorher mit dem Arbeitsminister solidarisch erklärt hat, ist für Sonnabend mit der Gesamtdemission des Kabinetts zu rechnen

SPD. München, 14. März (Eig. Drahtb.)

Der Vorsitzende der Bayerischen Volkspartei, Abg. Schäffer, verteidigt in einem Artikel der Bayerischen Volkspartei-Korrespondenz die Haltung der Reichstagsfraktion bei der Abstimmung über die Haager Abkommen und erklärt das Nein der Mehrheit mit dem Hinweis, dass die Mehrheit der Fraktion zuletzt auf dem Standpunkt stand, dass es in einer so grossen historischen Entscheidung nur ein Ja oder ein Nein geben könne, und dass man eben, wenn man nicht ja sagen könne, nein sagen muss. Eine politische Bedeutung komme diesem Verhalten nicht zu. Die Fraktion der Bayerischen Volkspartei werde sich deshalb im Reichstag weiterhin für eine Überwindung der Kassenschwierigkeiten und für eine dauernde Sanierung der Finanzen einsetzen. Sollte sie die Erfahrung machen, dass der Reichstag sich nicht in der Lage sieht, innerhalb der notwendigen und auch durch das Wort des Reichspräsidenten umschriebenen Frist von ganz wenigen Wochen die gestellte Aufgabe zu lösen, dann werde der Zeitpunkt gekommen sein, in dem die Bayerische Volkspartei die letzte Konsequenz ziehen und sich offen von der Regierung Müller trennen müsste.

SPD. London, 14. März (Eig. Drahtb.)

Die Versuche, die Flottenkonferenz vor einem völligen Zusammenbruch zu retten, werden fortgesetzt. MacDonalld fand am Freitag in dem Führer der amerikanischen Delegation Stimson einen energischen Helfer bei seinen Versuchen, zu retten was noch zu retten ist. Die Hauptanstrengungen der englischen und amerikanischen Delegierten geht nach wie vor dahin, eine französisch-italienische Verständigung herbeizuführen. Trotzdem am Donnerstag die Aussichten hierfür zeitweise günstig schienen, kann von einem wirklichen Fortschritt bis zur Stunde nicht gesprochen werden. Briand beharrt auf den französischen Forderungen, die nach den letzten Berechnungen der Experten praktisch auf eine Tonnage von 669 000 Tonnen hinauslaufen dürften. Grandi, der italienische Hauptdelegierte, bleibt bei der Forderung nach Parität mit Frankreich. Mangels anderer greifbarer Hoffnungen konzentrieren sich alle Erwartungen auf die am Sonntag in Chequers, dem Landsitz der britischen Ministerpräsidenten, stattfindende Aussprache zwischen MacDonalld und Tardieu.

Am Freitag wurde zum ersten Mal ernsthaft ein neuer Gedanke in die Diskussion geworfen, der eine überaus bedenkliche Perspektive zu eröffnen scheint. Die Engländer und Amerikaner haben wissen lassen, dass sie im Falle eines Scheiterns der französisch-italienischen Verständigung daran denken müssten, eine Einigung zwischen den fünf Mächten unter Verzicht auf Abrüstung herbeizuführen. Praktisch würde das darauf hinauskommen, dass die französischen Ziffern von den übrigen Mächten angenommen würden, und dass England, Amerika und Japan unter Zugrundelegung des französischen Programms ihre eigenen Flottenprogramme proportional vergrössern würden. Das würde, was England betrifft, praktisch bedeuten, dass England 35 000 zusätzliche Tonnen Kreuzer und 50 000 zusätzliche Tonnen neuer U-Boote zu bauen hätte. Trotzdem diese Möglichkeit ernsthaft in Konferenzkreisen erörtert wird, muss man bis auf weiteres annehmen, dass dieser Gedanke von englisch-amerikanischer Seite hauptsächlich aus taktischen Gründen in den Vordergrund geschoben wurde, um damit in letzter Stunde auf Frankreich und Italien einzuwirken.

In Konferenzkreisen kursiert seit eineinhalb Tagen das Gerücht, dass ein englisch-amerikanisch-japanischer Dreimächtepakt fertig vorliege und angeblich bereits paraphiert sei. Man wird dieses Gerücht jedoch mit ausserster Vorsicht zur Kenntnis nehmen müssen.

SPD. London, 14. März (Eig. Drahtb.)

Das Schicksal der Bergbaugesetzgebung ist noch immer in der Schwebe. Für die kommende Woche ist mit einem neuen liberalen konservativen Zusammengehen zu rechnen. Der Verbesserungsantrag, der in der kommenden Woche zur Debatte steht, betrifft die Regulierung des Kohlenmarktes. Er wird von der Regierung im Gegensatz zu dem konservativen Vorschlag, bei dem die Regierung in die Minderheit geriet, als ein wesentlicher Bestandteil des Gesetzes betrachtet, falls die Opposition auch bei diesem Antrag eine Mehrheit erzielen sollte, wird von der Regierung eine Zurückziehung der gesamten Bergbaugesetzgebung ins Auge gefasst. Praktisch würde ein derartiger Verzicht bedeuten, dass ausser den organisatorischen Massnahmen auch die Verringerung der Arbeitszeit im Bergbau und die Schaffung des geplanten Schiedsgerichtes für Lohnfragen fallen. Die Arbeiter stehen deshalb auf dem Standpunkt, dass die Regierung selbst im Falle eines Erfolges der Opposition die Klauseln über die Marktregelung, über Arbeitszeit und Lohnschiedsgericht dem Parlament unterbreiten müsse. Die Bergarbeiter sind entschlossen, diesen Standpunkt bei der Regierung mit allem notwendigen Nachdruck zu vertreten.

SPD. London, 14. März (Eig. Drahtb.)

Das zum Studium der Frage des Tunnelbaues unter dem Ärmelkanal eingesetzte Komitee hat sich entgegen den militärischen Bedenken für den Bau des Kanaltunnels ausgesprochen. Die Hauptpunkte seines Memorandums sind: Der Tunnel stellt einen ökonomischen Vorteil für Grossbritannien dar. Die Wirtschaftlichkeit des Tunnel-Transportes von Gütern und Personen ist bei gleichen Tarifen wie den für den Schiffsverkehr bisher geltenden möglich. Die technischen und geologischen Schwierigkeiten beim Bau dürften keineswegs unüberwindlich sein. Der Bau wird ca. 500 Millionen Mark kosten. Der Bericht empfiehlt, den Bau auf privatwirtschaftlicher Grundlage ohne Hilfe des Staates durchzuführen.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Sonnabend-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Aus aller Welt

Glückslos 210 171!

Riesengewinne nach Königsberg und Lübeck - Merkwürdiger Traum eines Arztes.
Ende der Glückssaison.

SPD. Die mit riesiger Spannung erwartete Prämie der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie von 500 000 Mark, die auf das Los entfällt, das am letzten Ziehungstage zuerst mit 1000 Mark herauskommt, ist am Freitag auf die Losnummer 210 171 gezogen worden. Schon um 7 Uhr morgens stand vor dem Ziehungsraum der Lotterie eine lange Reihe Harrender und Hoffender an. Als um 8 Uhr die Türen zur Ziehung geöffnet wurden, fanden durchaus nicht alle Interessierten Platz. Viele mussten durch das ausgehängte Schild "Wegen Ueberfüllung geschlossen" enttäuscht werden.

Die Ziehung beginnt. Kaum, dass einer ein Wort zu sprechen wagt. Jeder weiss, dass bald die grosse Entscheidung fallen wird. Jeder hofft....

Zuerst werden einige Freilose gezogen, dann mehrere kleinere Gewinne, endlich - es ist noch nicht einmal ein Viertel nach acht Uhr - kommt der erste Tausender heraus. Einige Spieler schwenken ihre Lose, um, was ihnen ihr abergläubisches Gefühl vorzuschreiben scheint, im letzten Augenblick das Glück noch zu beeinflussen; aber unmittelbar im Ziehungslokal scheint Fortuna, die objektiv sein will, doch nicht mit sich reden zu lassen. Und die Gesichter der Schwenkenden, ja eigentlich alle Gesichter, zeigen eine grosse Enttäuschung, wie die wichtige Nummer bekanntgegeben wird: 210 171 ist es.

In der ersten Abteilung wird das Los in Königsberg/Preussen gespielt, wo es sein glücklicher Besitzer mit niemanden zu teilen braucht, sodass er nach Abzug der gesetzlichen Abgaben 400 000 Mark einstreichen kann. Sein Lotteriekollekteur hat den glückhaften Kunden, einen Landwirt, der ein grösseres Anwesen besitzt, noch am Freitag vormittag benachrichtigt.

Die zweite Abteilung des Glückloses ist nach Lübeck gefallen. Es wird in Viertelteilen, in die sich im ganzen acht Parteien teilen werden, gespielt. Drei Gewinner spielen das Los zu je einem Viertel, und fünf Spieler teilen sich das letzte Viertel. Bis auf einen Arzt, der in den Besitz des Loses auf eine besonders mysteriöse Weise gekommen ist, sind die glücklichen Spieler alles Leute, die sich als Arbeiter oder Handwerker bisher schwer genug um tägliche Brot plagen mussten. Der Lotteriekollekteur Jansen benachrichtigte sofort seine so reich beschenkten Kunden, die die Nachricht kaum glauben wollten. Fünf der Handwerker waren in der fünften Klasse in den ersten Tagen der Ziehung mit einem Freilos herausgekommen und hatten sich erst nach langem Ueberlegen zur Entnahme eines Ersatzloses entschlossen. Nun hat jeder von ihnen den schweren Entschluss mit dem Gewinn von 20 000 Mark gelohnt bekommen.

Geradezu unheimlich mutet die Art und Weise an, mit der ein Arzt in Lübeck, der überhaupt zum ersten Male in seinem Leben ein Lotterielos spielte, zu seinem Viertellos kam. Er hat die Nummer tatsächlich geträumt. Schon vor längerer Zeit erzählte er Bekannten von diesem merkwürdigen Traum, der ihm den Erwerb eines Klassenloses empfahl, in dem die Nummer 171 oder 172 vorkäme. Der Arzt, der zwar behauptet, nicht abergläubisch zu sein, aber offenbar doch ziemlich traumbgläubig ist, ging nun bei den Lübecker Lottereeinnehmern krampfhaft auf die Suche nach solch einem Los und fand denn schliesslich auch bei dem einen ein solches Glückspapier Nr. 210 171. Dabei meinte er damals, dass ihm eigentlich ein Los mit einer 172 noch lieber gewesen wäre.....

+ + +

Tod im Fürsorgeheim. In Trier erschoss sich ein 23 jährige Zimmerge= selle im Hausflut des Gertrudenhauses, einem Fürsorgeheim für gefährdete Mäd= chen, weil ihm nicht gestattet wurde, mit seiner Braut, die in dem Haus als Fürsorgezögling lebt, zu sprechen.

+ + +
Die Ermordete im Flammenmeer. Der Geschäftsführer einer landwirtschaft= lichen Genossenschaft in Villeneuve sur Yonne (Frankreich) bemerkte plötzlich, dass Flammen aus dem Fenster seiner Wohnung schlugen. Er eilte hinzu, zer= trümmerte die verschlossene Tür und sah, wie seine Frau, deren Kleider bereits verbrannt waren, ermordet in einer Blutlache am Boden lag. Der Mann riss den Leichnam aus den Flammen heraus. Am Hinterkopf klappte eine furchtbare Wunde, die offenbar von einem schweren Gegenstand herrührte. Die Frau scheint von ei= nem Mörder von hinten überfallen worden zu sein, muss sich aber gewehrt haben, da man in ihrer erstarrten Hand ein Haarbüschel fand. Nach dem grauenvollen Verbrechen ist die Wohnung geplündert und ein Geldbetrag von 10 000 Francs ge= räubt worden. Der Verbrecher entkam.

+ + +
100 000 Mark unterschlagen. Beim Finanzamt Berlin-Wilmersdorf-Nord hat der Obersteuersekretär Heinrich im Laufe der letzten Jahre etwa 100 000 Mark unterschlagen und für sich verbraucht. Heinrich war mit der Abschätzung von Steuerbeträgen beauftragt und suchte des öfteren steuerzahlende Bürger zwecks Rücksprache in ihren Wohnungen auf, wobei er sich gleich die fällige Steuer aushändigen liess und den Leuten eine Quittung über die geleistete Zahlung ausstellte; diese Quittung trug das vorschriftsmässige Amtssiegel des Finanz= amtes. Die Unterschlagungen kamen dadurch ans Licht, dass die bereits an Hein= rich gezahlten Summen bei den Steuerpflichtigen vom Finanzamt reklamiert und zwangsweise einzutreiben versucht wurde. Es ist allerdings erstaunlich, wie lange es gedauert hat, bis der Skandal aufgedeckt worden ist. Jetzt beschäfti= gen sich mit seiner Aufklärung das Landesfinanzamt und die Staatsanwaltschaft II. Im übrigen wird nicht der Staat der Geschädigte sein, sondern eine grösse= re Reihe von Wilmersdorfer Geschäftsleuten und Privatpersonen, die die fälsch= licherweise an Heinrich gezahlten Steuer-Gelder noch einmal an das Finanzamt abführen müssen.

+ + +
Maskenball - Massakerball. Bei einem Maskenball in dem Städtchen Ilok in der Nähe von Neusatz (Slavonien) wurden zwei Burschen wegen skandalösen Be= nehmens aus dem Saal gewiesen. Aus Rache beschossen sie in einem wilden Feuer die Gäste, als diese gegen 2 Uhr nachts das Tanzlokal verliessen. Sechzehn Per= sonen wurden zum Teil sehr schwer, zum Teil sogar tödlich verletzt. Die blut= rünstigen Revolverschützen wurden verhaftet.

+ + +
Streik auf dem Ozeanriesen. Wegen einer Lohndifferenz mit der Mannschaft brach auf dem französischen Amerikadampfer "Paris", der 450 Passagiere an Bord hatte, kurz vor der Ausreise aus Le Havre ein Streik aus. Der Dampfer wurde abgerüstet, die Passagiere sind nach Southampton oder Cherbourg übersetzt worden, von wo aus sie mit anderen Ueberseedampfern nach New York fahren.

+ + +
Juwelendiebstahl im Kino. In einem Berliner Kino wurde der am Donnerstag aus Florida angekommenen amerikanischen Schauspielerin Wilhelmine Duyman ein Stadtkoffer, der für etwa 20 000 Mark Schmucksachen enthielt, gestohlen. Die Schauspielerin hatte nach Schluss der Vorstellung mit ihrem Begleiter die Loge verlassen, dabei aber den Koffer vergessen. Als sie nach kurzer Zeit den Ver= lust bemerkte und zurückeilte, war das kostbare Gut bereits verschwunden. Zu dem Schmuck gehören u.a.eine Tasche aus Gold- und Platingeflecht, ein Brillant= armband und eine goldene Nadel mit Rubinen.

+ + +

Der verräterische Biss. Vor kurzer Zeit überfiel ein Mann auf einem einsamen Wege bei Thun (Schweiz) ein junges Mädchen und versuchte es zu ver= gewaltigen. Das Mädchen setzte sich kräftig zur Wehr, sodass es dem Manne nur gelang, die Handtasche zu entreissen. Ausserdem bekam der Rohling einen Denk= zettel mit, indem ihn das Mädchen in den Daumen biss. An dieser Wunde wurde der Mann nach seiner bald erfolgten Festnahme überführt, da man feststellen konnte, dass die Form der Wunde genau der Gebissform des Mädchens entsprach.

+ + +

Doppelklau in der Autobranche. Eine Autodiebskomödie ereignete sich in Berlin, wo vor einem Hause am Kurfürstendamm ein anscheinend herrenloser Chev= roletwagen einsam und verlassen eines Besitzers wartete. Ein Besitzer kam zwar nicht, aber drei Liebhaber meldeten sich, die mit einem herrlichen Oakland= Wagen angefahren kamen und versuchten, den Chevrolet mit Bindfaden zu verknüp= fen und "abzuschleppen". Ein berühmter Dauertänzer kam gerade vorbei, beguckte sich die Sache, schöpfte Verdacht und informierte einen Schupo. Der Schupo nahm erst sein Notizbuch zur Hand, dann aber schleunigst zwei der Burschen beim Kragen - der Dritte konnte sich - wohl weil der Schupo keinen dritten Arm des Gesetzes mehr frei hatte - aus dem Staube machen, den er bescheidener= weise nicht aufwühlen wollte. Es stellte sich heraus, dass der Oakland= Wagen kurz vorher gestohlen war, desgleichen aber auch der Chevrolet, dessen "recht= mässige" Diebe noch nicht ermittelt sind.

+ + +

Neue Südpolexpedition. Unter der Leitung von Korvettenkapitän Worsley von der englischen Marine, der bei den beiden letzten Südpolexpeditionen Shack= letons als kommandierender Kapitän mitgemacht hat, wird in England zu einer neuen Südpolexpedition gerüstet, für die die erforderlichen 25 000 Pfund be= reits bewilligt worden sind.

+ + +

Der Verein der Museumsdiebe. Die Ermittlungen in Sachen des vor einigen Tagen in Brüssel verhafteten André Joseph Daglio, der ein Meister des Bilder= diebstahls gewesen zu sein scheint, lassen immer deutlicher die Existenz ei= nes ganzen "Syndikat der Museumsdiebe" erkennen. Angeschlossen an das Syndikat sind ganze Trupps von Hehlern, Transportfachleuten und Finanziers. Daglio und seine Genossen führten nach den bisherigen Ermittlungen der internationalen Kriminalpolizei ihre Bilderdiebstähle erst dann aus, wenn ihnen sofortiger Ab= satz der von ihnen gestohlenen Bilder, Skizzen, Statuen und Teppichen vorher = garantiert war. Bankleute mussten die zu den Kunstdiebstählen erforderlichen Mittel vorstrecken und waren dafür nachweislich am Gewinn beteiligt. Vorstand der Finanzabteilung des Syndikats soll ein italienischer Bankier sein.

Auch Kunsthochschüler zahlreicher Kunstzentren Europas sind in den Skan= dal verwickelt. Daglio hat die Frechheit besessen, einen alten Meister, auf den er sein diebisches, aber im Grunde wohl nicht sehr kunstverständiges Auge geworfen hatte, vorher erst durch Experten auf Echtheit untersuchen zu lassen. Kunsthochschüler mussten wiederum klassische Kopien von Gemälden alter Meister malen, die dann an die Stelle der Originalbilder in die Museen gehängt worden sind. Es ist durchaus möglich, dass anstelle wertvoller Originalkunstwerke in diesem oder jenem europäischen Museum bisher noch nicht erkannte Kopien hängen. Die Aufklärungsarbeit der Polizei wird dadurch erleichtert, dass man in Dag= lios Aufzeichnungen Andeutungen über die Namen der Hehler fand, mit denen er in Paris und London zusammenarbeitete.

Deutscher Reichstag

142. Sitzung vom 14. März 1930.

SPD. Die zweite Beratung des Republik-Schutzgesetzes wird fortgesetzt.

Abg. Emminger (Bayr.Vp) erklärt, bei Annahme der Änderungsanträge der Deutschen Volkspartei werde auch die Bayerische Volkspartei der Ausschussvorlage zustimmen.

Abg. Dr. Everling (Dn) tritt den Ausführungen des Reichsjustizministers über die Definition des Begriffes "Republikanische Staatsform" entgegen. Von der Gemeingefährlichkeit des vorliegenden Gesetzes müssten alle Parteien überzeugt sein.

Abg. Dr. Goebbels (Nat.Soz.) beginnt seine Rede mit der Erklärung, es falle ihm schwer, bei einer Erwiderung auf den Abg. Landsberg den persönlichen Ekel zu überwinden.

Präsident Löbe: Ich rufe Sie zur Ordnung und mache Sie darauf aufmerksam, dass Sie sich in parlamentarischen Formen halten müssen, wenn Ihnen nicht sehr bald wieder das Wort entzogen werden soll.

Abg. Dr. Goebbels (Nat.Soz) zitiert dann verschiedene Äusserungen der sozialdemokratischen "Leipziger Volkszeitung" aus der Vorkriegszeit und der "Freiheit" aus den ersten Jahren nach dem Umsturz, um zu zeigen, dass in diesen Zeitungen der Ton nicht milder gewesen sei als jetzt in der nationalsozialistischen Presse. So habe beispielsweise damals der Abg. Dittmann seinen jetzigen Fraktionsgenossen Heilmann als den "skrupellosesten politischen Ehrabschneider" gekennzeichnet. (Hört! hört! rechts) Als der Redner von den Reichsfarben als "schwarz-rot-gelb" spricht, weist Präs. Löbe darauf hin, dass nach der Reichsverfassung die Reichsfarben schwarz-rot-gold seien.

Abg. Herberg (Volksrechtspartei) lehnt die Vorlage ab in einer Erklärung, in der ausgeführt wird, diese Republik verdiene solange keinen Schutz, bis sie zu einer gerechten Gesetzgebung zurückkehrt. - Damit schliesst die Aussprache.

Abgelehnt wird ein nationalsozialistischer Antrag, der Todesstrafe verlangt für "Wehrverrat" und "Volksverrat", worunter u.a. die Agitation für geistige, körperliche oder materielle Abrüstung und die Übernahme oder Anerkennung "neuer auf der Kriegsschuldfrage beruhender Lasten oder Verpflichtungen" verstanden werden. Wer lebende oder tote deutsche Nationalhelden, Heerführer oder Inhaber der höchsten deutschen Tapferkeitsorden öffentlich beschimpft, verächtlich macht oder in Ärgernis erregender Weise missachtet, soll nach dem Antrag mit Zuchthaus und in Fällen besonderer Roheit und Gemeinheit daneben mit körperlicher Züchtigung bestraft werden. - Verschiedene andere nationalsozialistische, deutschnationale und kommunistische Änderungsanträge werden gleichfalls abgelehnt. - Angenommen wird gegen die Stimmen der Kommunisten ein Antrag der Deutschen Volkspartei, statt der "Reichs- und Landesfarben" durch das Gesetz "die Farben oder Flaggen des Reichs oder eines Landes" zu schützen: Mit dieser Änderung wird nach Ablehnung aller weiteren Änderungsanträge der § 6 in der Ausschussfassung angenommen. Er bedroht mit Gefängnis nicht unter drei Monaten denjenigen, der öffentlich oder in einer Versammlung die verfassungsmässig festgestellte republikanische Staatsform des Reichs oder eines Landes beschimpft oder böswillig und mit Überlegung verächtlich macht oder dadurch herabwürdigt, dass er den Reichspräsidenten oder ein Mitglied der Reichs- oder einer Landesregierung beschimpft oder verleumdet; die Farben oder Flaggen des Reichs oder eines Landes beschimpft oder böswillig und mit Überlegung herabzusetzen sucht; einen verstorbenen Reichspräsidenten oder ein verstorbenes Regierungsmitglied in Beziehung auf sein Amt beschimpft oder verleumdet; zu Gewalttätigkeiten gegen andere wegen ihrer politischen Betätigung oder gegen den Reichspräsidenten oder Regierungsmitglieder auffordert oder eine

solche Gewalttätigkeit, nachdem sie begangen worden ist oder einen Hochverrat gegen die republikanische Staatsform verherrlicht oder ausdrücklich billigt.

§ 9 wird in namentlicher Abstimmung mit 255 gegen 145 Stimmen angenommen. Er lässt die polizeiliche Auflösung solcher Versammlungen zu, in denen Zuwiderhandlungen gegen das Republikenschutzgesetz den Frieden stören oder geduldet werden.

Der Rest des Gesetzes wird in der Ausschussfassung angenommen mit der auf Antrag der Regierungsparteien und der Wirtschaftspartei beschlossenen Änderung, dass es spätestens am 31. Dezember 1932 ausser Kraft tritt, mindestens beim Inkrafttreten des neuen Strafgesetzbuches.

Hierauf wird die Vorlage auf Überweisung des ersten Teils der Industriebelastung 1930 an die Reichskasse dem Haushaltsausschuss überwiesen.

Es folgt die erste Beratung des Brotgesetzes, das den Verbrauch von Roggenbrot steigern will u. a. durch Einführung eines gewissen Kennzeichnungszwanges für Brot und durch die Vorschrift, dass nur noch 5 % Weizenmehlzusatz beim Roggenbrot zulässig sein soll.

Mit der Beratung verbunden wird der vom Handelspolitischen Ausschuss empfohlene Antrag Scholz (D.Vp), wonach die Ausmahlungsquote für Roggen herabgesetzt und ein dem Mehranfall an Kleie entsprechender Kleiezoll eingeführt werden soll.

Abg. Hörnle (Komm) bekämpft die Vorlage. Hier solle wieder einmal der Masse des werktätigen Volkes das Brot verteuert werden. Reines Roggenbrot würde auch nicht billiger sein als gemischtes Brot. Die Regierungsaktion zur Stützung des Roggenpreises sei ein unerhörter Raubzug gegen die ärmsten Bevölkerungsschichten. Den Klein- und Mittelbauern bringe die Vorlage keinen Nutzen, sondern nur den ostelbischen Grossgrundbesitzern.

Reichsernährungsminister Dietrich

tritt den Ausführungen des kommunistischen Redners entgegen. Die Tataren-Nachrichten der Presse über die Absichten der Regierung seien nicht zutreffend. Das Gesetz werde die Arbeit in den Bäckereien erleichtern, denn es sehe vor, dass Roggenbrot, Weizenbrot und Mischbrot künftig nur noch nach festem Gewicht bei gleitendem Preise verkauft werden darf. Die deutsche Regierung stehe allerdings auf dem Standpunkt, dass es besser sei, deutschen Roggen zu konsumieren als bei der schlechten Finanzlage ausländischen Weizen in riesigen Mengen zu importieren. Wir haben grosse Mengen Roggen zu Schleuderpreisen nach Skandinavien verkaufen müssen, weil er in Deutschland nicht abzusetzen war. Mit Polen haben wir uns in der Preisfrage verständigt, jetzt unterbietet uns aber Sowjet-Russland.

Die Vorlage wird dem Volkswirtschaftlichen Ausschuss überwiesen. Der Antrag Scholz (D.V.) wird angenommen.

Zur ersten Beratung kommt dann eine Novelle zur Gewerbeordnung, mit der u. a. Misstände beim Wandergewerbe durch eine Verschärfung der in Betracht kommenden Vorschriften bekämpft werden sollen.

Abg. Ewert (Komm) wendet sich gegen die Vorlage, in der er eine unzulässige Beschränkung des Wandergewerbes sieht.

Abg. Dr. Kahl (D.Vp.) regt an, im Rahmen dieser Novelle auch die zur Bekämpfung der Kurpfuscherei nötigen Vorschriften zu erledigen. Auch das Verhältnis zwischen Zahnärzten und Zehntechnikern könnte in der Novelle geregelt werden.

Die Vorlage geht an den Volkswirtschaftlichen Ausschuss.

Der Geschäftsordnungsausschuss berichtet dann über verschiedene Anträge auf Genehmigung zur Strafverfolgung von Abgeordneten.

Die Genehmigung der Strafverfolgung beantragt der Ausschuss gegen den kommunistischen Abg. Torgler und gegen den Abg. Dr. Göbbels (Nat. Soz) wegen Aufforderung zu Gewalttätigkeiten und gegen die nationalsozialistischen Abge-

ordneten Wagner und Dr. Göbbels wegen Beleidigung durch die Presse.

Die Abgg. Pieck (Komm) und Stöhr (Nat. So.) protestieren gegen die Anträge auf Aufhebung der Immunität. Abg. Stöhr erklärt dabei, Wessels Leiche sei ein Beweis für die Gewalttätigkeit kommunistischer Mordbanden, während die Nationalsozialisten den Kampf nur mit geistigen Waffen führten. (Lachen links)

Gegen die Stimmen der Nationalsozialisten und Kommunisten wird die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Torgler (Komm) und der nationalsozialistischen Abgg. Göbbels und Wagner erteilt. Bei den Fällen der Nationalsozialisten stimmen auch die Deutschnationalen gegen die Genehmigung.

Nach 5 Uhr vertagt sich das Haus auf Sonnabend, 10 Uhr vorm. Auf der Tagesordnung steht die 3. Beratung des Republikschutzgesetzes.

Reichstags-Stimmungsbild.

SPD. Berlin, 14. März (Eig. Bericht)

Das Gesetz zum Schutze der Republik und zur Befriedung des politischen Lebens wurde am Freitag in zweiter Beratung verabschiedet. Die Widerstandskraft der Opposition war gebrochen. Von den Kommunisten meldete sich überhaupt niemand mehr zum Wort. Die Deutschnationalen liessen durch Herrn Dr. Everling noch einmal erklären, es handle sich überhaupt nicht um ein Gesetz, sondern um eine Fallenstellerei. Dr. Goebbels von den Nationalsozialisten machte den anerkennenswerten, aber leider vergeblichen Versuch, einmal drei Sätze zu sagen, ohne zu schimpfen. Löbe musste ihn in die Schule des parlamentarischen Anstands nehmen und Dank der präsidentialen Fürsorgeerziehung konnte Goebbels diesmal seine Rede zu Ende führen. Er würzte sie durch die Verlesung einer Broschüre, die zum Teil kräftige Worte aus dem Kampf zwischen Mehrheitssozialisten und Unabhängigen enthielt. Daraus, so meinte Goebbels, hätten die Nationalsozialisten ihre Lehren gezogen. Wir nehmen gebührend zur Kenntnis: "Das einzige, was die Nationalsozialisten von Sozialdemokraten gelernt haben, sind einige Kraftworte, die sich der eine oder andere in der Hitze des Gefechts gegen die andere sozialistische Partei erlaubte." Nachdem noch ein Aufwertler versucht hatte, die Nationalsozialisten an Beschimpfungen der Republik zu übertreffen, folgten die Abstimmungen. Mehrere waren namentlich. Es zeigte sich, dass die Mehrheit für das Gesetz sehr gross ist. Im allgemeinen standen rund 270 Stimmen den etwa 110 Stimmen der Opposition gegenüber.

Das Haus trat dann in die Beratung des Entwurfes eines Brotgesetzes ein. Es soll als Roggenbrot nur noch Brot angeboten, feilgehalten, verkauft oder sonst in den Verkehr gebracht werden, das mindestens zu 95 v.H. aus Mahlerzeugnissen des Roggens hergestellt ist. Als Weizenbrot soll nur Brot aus mindestens zu 95 v.H. Mahlerzeugnissen des Weizens hergestellt werden dürfen. Roggenmischbrot muss mindestens 75 v.H. Mahlerzeugnisse des Roggens enthalten; Weizemischbrot muss überwiegend aus Mahlerzeugnissen des Weizens hergestellt werden. Der Gesetzentwurf soll zur Steigerung des Roggenbrotverzehr dem Inlande dienen. Aus dem Hause sprach nur der Kommunist Hörnle, der in dem Gesetz ein Mittel zur Brotverteuerung sieht. Wie Unrecht er hat geht daraus hervor, dass statt des von der Regierung in Aussicht genommenen Richtpreises von 240 Mark der Roggenpreis jetzt 130 Mark beträgt, ohne dass die Arbeiter von diesem ungeheuerlichen Sturz am Getreidemarkt im Preise des Brotes etwas gespürt hätten. Der Reichsernährungsminister machte darauf aufmerksam, dass der Roggen noch tiefer im Preise gesunken wäre, wenn nicht die Reichsregierung eine Stützungsaktion vorgenommen hätte. Diese Preisstützung hat nebenbei bemerkt,

dem Reiche bisher schon rund 50 Millionen Mark gekostet. Trotzdem schreien die Agrarier und Bauern in ihrer grossen Mehrheit, dass die Republik nichts für sie tue. Die Sozialdemokratie wird das Brotgesetz im volkswirtschaftlichen Ausschuss, an den es überwiesen wurde, einer gründlichen Prüfung unterziehen.

Eine Novelle zur Gewerbeordnung wurde ebenfalls dem volkswirtschaftlichen Ausschuss überwiesen. Der Volksparteiler Kahl wünschte bei dieser Gelegenheit, dass die Frage der Kurier-Freiheit nicht erst im neuen Strafgesetz, sondern schon in der Gewerbeordnung geregelt werden solle.

Wieder lagen dem Hause eine grosse Anzahl von Anträgen auf Strafverfolgung gegen Abgeordnete vor. Wieder hielt den Rekord der nationalsozialistische Schimpfbold Dr. Goebbels, gegen den vier Strafverfahren eingelaufen sind. Er tobt in seiner Presse unter dem Schutz der Immunität gegen die Ehre von Politikern wie ein Wahnwitziger. Der Kommunist Pieck und der Nationalsozialist Stöhr wandten sich gegen die Auslieferung von Abgeordneten an den Strafrichter. Jeder von den beiden bezichtigte die gegnerische Partei der Organisation des Mordes. Einen minutenlangen Heiterkeitserfolg erzielte Stöhr auf allen Bänken des Hauses, als er von den geistigen Waffen der Nationalsozialisten phantasierte. Das Haus beschloss die Verfolgung des Abgeordneten Goebbels in zwei Fällen freizugeben. Ebenso wurde die Strafverfolgung des kommunistischen Abgeordneten Torgler freigegeben, der in einer Versammlung zu Gewalttaten gegen die Nationalsozialisten aufgefordert haben soll. Ob Torgler, der in seinem Auftreten immerhin weit über den Nationalsozialisten steht und einer der wenigen gewandten Parlamentarier der Kommunisten ist, sich des Vergehens schuldig gemacht hat, mag die Untersuchung klären.

Auf der Tagesordnung der Sonnabend-Sitzung steht u.a. die dritte Beratung des Republikschutzgesetzes.

Preussischer Landtag

SPD. Berlin, den 14. März (Eig. Ber.)

Im Preussischen Landtag wurde am Freitag die zweite Lesung des Etats der Handels- und Gewerbe-Verwaltung fortgesetzt.

Abg. Metzinger (Ztr.): Eine grosse Anzahl der Vorredner haben Klagen des Mittelstands, der Hausbesitzer und anderer Volksteile vorgetragen. An der Not der deutschen Arbeiter haben sie geflissentlich vorbeigesehen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Von den Lasten des verlorenen Krieges hat die Arbeiterklasse die weitaus grössten Opfer getragen, und leider wird es in Zukunft ebenso sein müssen. Umso unverständlicher, dass noch heute Mittelständler nicht begreifen, wie notwendig die Arbeiter den gewerkschaftlichen Zusammenschluss brauchen, um ihre Lebenshaltung zu verteidigen. Mittelständler, die selbst in ihren Innungen viel fester zusammengeschlossen sind. (Sehr wahr! links) Nicht einmal die Arbeitslosens-Unterstützung, die gerade ausreicht, um vor dem Hungertod zu schützen, wird den Arbeitern mehr geönt. Von den unzähligen Familiendramen, die die Arbeitslosigkeit erzeugt, von dem Laufen und Betteln um Arbeit nimmt man keine Notiz. Statt dessen höhnt der Sozialrentner Schacht über den mangelnden Arbeitswillen (Sehr gut! links) Industrie und Mittelstand klagen über die Höhe der Soziallasten. Die 5½ Milliarden Beiträge der Unternehmer zu den Sozialversicherungen stellen nichts als vorenthaltenen Lohn dar. Es sind Steuervorausleistungen der Arbeiter zur Ueberwindung allgemeiner sozialer Misstände. (Sehr gut! bei den Soz.) Noch tiefer als die Einsichtslosigkeit beklagen wir aber den Mangel an Nächstenliebe gegenüber dem Arbeitsmann. Selbst dem Reichspräsidenten Hindenburg haben die Volksteile mit gesicherter Existenz das Notopfer verweigert. Es ist die denkbar grösste Leistung, dass bei den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen die kleinen Sparer, die breiten Massen den Glauben an sich, an die Wirtschaft und an die bessere Zukunft nicht verloren haben. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Auf Reden des Deutschnationalen Conrad, des Wirtschaftsparteilers Perschke und des Christlich-nationalen Bauernparteilers Dr. Ponfick, die zahllose Einzelwünsche des Mittelstandes vortragen, erwidert

Handelsminister Dr. Schreiber:

Um die vorgetragenen Forderungen zu erfüllen, müsste ich nicht nur mein schwieriges und umfangreiches Amt leiten, sondern Vormund aller preussischen Minister und einiger Reichsminister sein. (Heiterkeit links, Rufe rechts: Wäre gar nicht so schlimm!) Noch habe ich meine Diktatur nicht etabliert; aber ich danke jedenfalls für das ungewöhnliche weitgehende Vertrauen der Rechtsparteien. (Heiterkeit) Einstweilen bin ich aber für die Rundfunk-Reklame nicht verantwortlich. Sie wird genau wie die Zeitungsreklame bezahlt, und die Aufsicht führt der Reichspostminister. Die Steuergesetzgebung untersteht dem Reichsfinanzminister, und die Aufsicht über die Städte, die angeblich ausländische Unternehmungen bevorzugt haben, führt der Preussische Innenminister. Auswüchse des Stassenhandels haben wir bekämpft, soweit die Verwaltungsmacht reicht. Aber für die allgemeine Gewerbefreiheit ist das Reichsgesetz massgebend. Wegen der Berücksichtigung der erwähnten Landesteile im Eisenbahn- und Flugwesen bin ich beiden zuständigen Ressorts vorstellig geworden. Eine Glas-Fachschule soll in Bunzlau eingerichtet werden. Für das Flachsinstitut in Sorau habe ich 10 000 Mark aus meinen Dispositionsfonds bewilligt, der im ganzen nur 180 000 Mark beträgt. Es bleibt also von allen Beschwerden nur der eine Vorwurf der Wirtschaftspartei übrig, meine sogenannte Entgleisung, dass ich die Gewerbeaufsichtsbeamten angewiesen hätte, die grossen Fabrikunternehmungen zur Errichtung von Speiseanstalten anzuregen. Die heutige Arbeitszeit ist so gestaltet, dass

ein Mittagessen zuhause dem Arbeiter immer mehr unmöglich wird. Darum war es für mich eine soziale Selbstverständlichkeit, dass die Arbeitgeber in der Fabrik selbst den Arbeitern Gelegenheit schaffen müssen, ein warmes Mittagbrot einzunehmen. Es ist richtig, dass die Bäckerinnungen sich darüber beschwert haben, weil dadurch der Konsum an Brot und Brötchen zurückginge. (Hört, hört! und Lachen links) Ich glaube, was der Bäcker hier verliert, gewinnt der Fleischer. Aber Sie werden es mir nicht übelnehmen, dass in einer solchen Frage, wo es sich um die Gesundheit von Millionen arbeitender Volksgenossen handelt, ich mich nicht nach der Absatzhöhe einzelner interessierter Bäckermeister richten kann. (Bravo! links)

Weiterberatung Sonnabend vormittag 10 Uhr.

Landtags=Stimmungsbild.

SPD. Berlin, den 14. März (Eig. Ber.)

In der Freitagsitzung des Landtages wurde die Generaldebatte über den Handelsetat zu Ende geführt. Sie bestand aus dem üblichen Wettlauf der bürgerlichen Mittelparteien um die Handwerker- und Kleinhändler-Stimmen. Jeder Redner des Zentrums, der Volkspartei, der Deutschnationalen, der Wirtschaftspartei und der zahllosen Splitterparteien suchte den Rekord an Forderungen zur Mittelstandsrettung zu erreichen, auch dann, wenn diese Forderungen nur durch Schädigung viel breiterer Volksmassen zu erfüllen wären. Eine Ausnahme machte nur der Zentrumsarbeiter Metzinger, der der Gesamtheit der bürgerlichen Parteien ihre Arbeiterfeindlichkeit, ihre Gewerkschaftsfeindlichkeit und ihren Mangel an Nächstenliebe gegenüber dem Arbeitsmann eindringlich vor Augen führte.

Auch der Preussische Handelsminister Dr. Schreiber, so leidenschaftlich er für den selbständigen Kleinhandel und Handwerker kämpft, konnte doch nicht ohne alle Vorbehalte mitgehen. Dass z. B. die Bäckerinnungen von ihm verlangen, er solle die Speiseanstalten der Grossbetriebe bekämpfen, damit die Arbeiter kein warmes Mittagessen mehr bekommen können, sondern gezwungen sind, Brot zu essen, ging doch selbst ihm über die Hutschnur.

Das Geschwätz über Warenhäuser und Konsumvereine, soziale Lasten, Gewerbesteuer und die anderen Ladenhüter der Mittelstandsretterei im einzelnen aufzuführen, wäre unlohnend. Am Sonnabend wird sich die Debatte dem etwas fruchtbareren Gebiet des gewerblichen Unterrichtswesens zuwenden.

Gewerkschaftliche Rundschau ✖

Das Gesicht der Medusa.

SPD. Der Youngplan ist unter Dach und Fach. Die Beratungen zur Klärung des Finanzproblems haben wieder begonnen. Da ist es angebracht, von neuem auf den ungeheuren Ernst der Arbeitsmarktlage hinzuweisen. Es heisst jetzt, den Dingen ins Gesicht sehen. Wohl liegt die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung nach den neuesten amtlichen Veröffentlichungen unter der Zahl vom Ende Februar 1929 - um ungefähr 80 000 - allein es wäre geradezu frivol, deshalb sich einzureden, dass wir in diesem Jahr besser dastehen als im Vorjahr.

Wie ist die Situation? Im Vorjahr war die Unterstützenzahl infolge des ausserordentlich harten Winters scharf gestiegen. Innerhalb dieser Zahl bestand jedoch mehr als die Hälfte der Arbeitslosen aus sogenannten Saisonarbeitslosen, die im wesentlichen dem Baugewerbe, dem Baunebengewerbe, der Landwirtschaft usw. entstammten. Dies Jahr setzt sich die Arbeitslosenzahl ganz anders zusammen: die Zahl der Saisonarbeitslosen ist im Verhältnis zur Gesamtarbeitslosenzahl viel niedriger als im Vorjahr - das entspricht dem sehr milden Winter - dagegen liegt die Zahl der durch die Konjunktur und durch strukturelle Veränderungen arbeitslos gewordenen Menschen erheblich höher. Dazu kommt, dass die Zahl der Hauptunterstützten in der Versicherung und in der Krisenfürsorge zusammen nur einen Ausschnitt der gesamten Arbeitslosigkeit darstellen. Einen besseren Massstab für das Ausmass der Arbeitslosigkeit liefert die Zahl der verfügbaren Arbeitsuchenden. Sie lag Mitte Februar mit 3,363 Millionen bereits um 300 000 höher als im vergangenen Jahr. Gewiss sind nicht alle diese verfügbaren Arbeitsuchenden arbeitslos, immerhin zeigt diese Ziffer, dass das absolute Mass der Arbeitslosigkeit dies Jahr höher ist als im vergangenen. Der Ernst der Arbeitsmarktlage wird aber keineswegs nur durch absolute Zahlen der Arbeitslosen gekennzeichnet. Viel beunruhigender ist die längere Dauer der Arbeitslosigkeit, die sowohl aus der höheren Zahl der Krisenunterstützten wie auch aus den Zahlen über die Unterstützungsdauer in der Arbeitslosenversicherung hervorgeht. Hier liegt auch ein sehr beachtlicher Unterschied zwischen der deutschen und englischen Arbeitslosigkeit. In England herrscht unter den Arbeitslosen viel grössere Fluktuation. Die Dauer der Arbeitslosigkeit ist drüben im Durchschnitt nicht so lang. Ein sehr wesentliches Moment, dessen psychologische und politische Bedeutung nicht übersehen werden darf!

Unsere augenblickliche Situation ist, wie man sieht, recht wenig erfreulich. Das gleiche gilt leider auch von den Aussichten des Frühjahrs. Die besondere Zusammensetzung der Arbeitslosenmasse lässt befürchten, dass die Frühjahrsentlastung des Arbeitsmarktes dieses Jahr nicht in dem gleichen Tempo und Umfang vorsichgeht wie in den Vorjahren. Man muss deshalb mit einem höheren Niveau der Arbeitslosigkeit im Laufe der nächsten Monate rechnen, wenn nicht durch den Geburtenausfall, der sich vom April ab bemerkbar machen dürfte, in den Sommermonaten doch noch eine gewisse Steigerung des Abrufs auf dem Industriearbeitsmarkt eintritt.

Die Kette der ungünstigen Symptome, die zu dem harten Ernst der Arbeitsmarktlage im gegenwärtigen Zeitpunkt geführt hat, ist oft genug geschildert

worden. Was notwendig ist, das sind weniger Untersuchungen über die Ursachen der Not als Taten zu ihrer Linderung. Nicht der Streit über die Finanzierung der Arbeitslosenversicherung ist, so wichtig er auch sein mag, das Entscheidende; denn die Versicherung ist schliesslich doch nur ein Notbehelf: Beschäftigung, Beschäftigung der Arbeitslosen - das ist das Wesentliche. Es ist deshalb reichlich müssig, wenn man auf Arbeitgeberseite die Forderung der Gewerkschaften auf Senkung der Arbeitszeit mit allerhand geistreichen Berechnungen und billigen Widerlegungen irgendwo aufgetauchter naiver Rechenkunststücke die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Arbeitszeitverkürzung abtun will. So können wir nicht weiter. Dass man nicht einfach auf der ganzen Linie das Arbeitszeitniveau mit einem Schlag senken kann, versteht sich von selbst. Das ändert aber garnichts daran, dass in der Praxis von nun an mit verdoppelter Energie von den Gewerkschaften auf Arbeitszeitverkürzung hingearbeitet werden muss und wird, Arbeitszeitverkürzung nach arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten ist die grosse Aufgabe bei allen kommenden Tarifverhandlungen. Sie muss bei den Verhandlungen der leitende Blickpunkt sein; vor allem in den Berufsgruppen, bei denen die konjunkturellen und strukturellen Ursachen eine verheerende Bresche in die Beschäftigungsmöglichkeit geschlagen haben.

Der unleugbare Ernst der Arbeitslosenziffern, die immer deutlicher die Zuspitzung des Arbeitslosenproblems zeigen, sollten endlich auch die Industrie aufrütteln, ihrerseits an der Senkung der Arbeitszeit mitzuwirken. Mit einem bequemen Nein ist auch der Industrie auf die Dauer bestimmt nicht gedient.

SPD. Die freien Gewerkschaften haben durch ihre Ortsausschüsse erneut eine Erhebung über die in einigen wichtigen Wirtschaftszweigen tatsächlich geleistete Arbeitszeit durchgeführt. Ermittelt wurde der Stand der Arbeitszeit in der Woche vom 10. bis 15. Februar. Die Beteiligung der Ortsausschüsse an der Erhebung war diesmal stärker als bei früheren Erhebungen. Beteiligt haben sich 746 Ortsausschüsse, d. h. 190 mehr als bei der Erhebung im Oktober 1928. Die neue Statistik erstreckt sich auf über 63 500 Betriebe mit mehr als 2,7 Millionen Beschäftigten; sie beschränkt sich auf Baugewerbe, Buchdruckgewerbe, chemische Industrie, Holzindustrie, Metallindustrie, Schuh- und Textilindustrie.

In keiner der erfassten Industrien ist, wie die Gewerkschaftszeitung in einer Auswertung der Ziffern feststellt, die Arbeitszeitgestaltung einheitlich. Neben Bezirken mit ganz geringer Mehrarbeit in der betreffenden Industrie gibt es Bezirke, in denen grosse Teile der Berufsangehörigen noch über 48 Stunden arbeiten. Der eigentliche Herd der Mehrarbeit ist Rheinland-Westfalen. Die Arbeitszeitregelung in der Schwerindustrie beherrscht die übliche Arbeitszeit in allen anderen Industrien. Ueber die Hälfte aller von der Erhebung in Rheinland-Westfalen erfassten Metallarbeiter arbeitete mehr als 48 Stunden. Im Baugewerbe des Rheinlands arbeiteten von 100 Arbeitern mehr als 48 Stunden 21,5, in Baugewerbe Westfalen 5,2. Für die chemische Industrie lauten die entsprechenden Ziffern 5,7 und 38,1, für die Textilindustrie 20,4 und 34,2. Gleichzeitig erreichte die Kurzarbeit im Rheinland 33,6 v. H. der Textilarbeiter, 27,4 v. H. der Schuhmacher und 19,2 % der Metallarbeiter, in Westfalen 30,5 % der Metallarbeiter und 13,9 der Textilarbeiter. Also Mehrarbeit, Kurzarbeit und drückende Arbeitslosigkeit am gleichen Ort!

Zur Beseitigung dieses Chaos' genügt noch nicht die Vermeidung von Ueberstunden und die Beseitigung der über 48stündigen Arbeitszeit. Notwendig ist nach der Auffassung der freien Gewerkschaften eine vom arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkte geleitete gesetzgeberische Arbeitszeitregulierung, eine Rehulierung, die den Erfordernissen der rationalisierten, fortlaufend Arbeitskräfte freisetzenden Wirtschaft entspricht und eine angemessene Senkung der Arbeitszeit auch unter 48 Stunden durchführt.

SPD. Für den Abschluss von Lehrverträgen ist zu beachten, dass der Meister mit der Einstellung eines neuen Lehrlings nicht die gesetzliche oder auch tarifliche Höchstzahl der Lehrlingshaltung überschreitet. Ebenso müssen die Eltern von Lehrlingen darauf achten, dass tarifliche Lehrlingslöhne, soweit solche bestehen, von vornherein vereinbart werden; denn die tariflichen Lehrlingslöhne, die meist höher liegen als die sogenannten Lehrvertragslöhne, sind später nur schwer dem Arbeitgeber gegenüber durchzusetzen. Der Tariflohn ist auch für Lehrlinge bereits von einer Reihe von Arbeitsgerichten anerkannt, womit zugleich die Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft für Lehrlinge bewilligt wird. Auf alle Fälle empfiehlt es sich, wenn die Eltern sich vor dem Abschluss eines Lehrvertrages bei der für den Beruf des Lehrlings zuständigen Gewerkschaft erkundigen.

SPD. Im Preussischen Finanzministerium und Ministerium des Innern finden die Wahlen zum Hauptbetriebsrat, zu den Betriebs- und örtlichen Betriebsräten am 15. und 16. März statt. Im Kultusministerium am 19. und 20., im Landwirtschaftsministerium am 19. März, Im Handelsministerium am 16. und 17., im Justizministerium am 21., im Reichswehrministerium am 20. und 21. und im Reichsfinanzministerium am 24. und 25. März.

Diesmal kommt es mehr als je darauf an, dass die Wähler restlos ihr Wahlrecht ausüben. Besonders im Preussischen Justizministerium und im Bereich des Reichswehrministeriums wird es einen scharfen Wahlkampf geben. Im Justizministerium hat die sogenannte Opposition eine eigene Liste aufgestellt. Was von den Taten dieser Leute zu halten ist, geht am besten daraus hervor, dass alle ihre in den letzten Monaten mit so grossen Versprechungen eingeleiteten Massnahmen zur Erhöhung der Löhne und Gehälter nicht nur absolut erfolglos geblieben sind, sondern dass die Kommission der Opposition schon längst garnicht mehr wagt, irgendwie an die Oeffentlichkeit zu treten. Diese Versager dürfen bei den bevorstehenden Betriebsratswahlen keine Stimme bekommen.

Im Bereiche des Reichswehrministeriums sind es die Christen und Hirsch-Duncker'schen, die diesmal mit besonderen Vertretern in die Kampfarena steigen. Auch ihnen wird bei der Wahl gezeigt werden müssen, dass die wahre Interessenvertretung nur bei den freien Gewerkschaften zu suchen ist. Die soeben erschienene Verfügung, wonach den Arbeitnehmern des Reichsheeres die Möglichkeit gegeben ist, durch Zusammenlegung mehrerer Dienststellen zur Wahl einer örtlichen Betriebsvertretung zu kommen, ist ausschliesslich den freien Gewerkschaften zu verdanken. Durch diese Zusammenlegung ist fast allen Arbeitnehmern in diesem Ministerium die Möglichkeit des Einspruchsrechtes bei Entlassungen gegeben. Wie dringend nötig es ist, dass von diesem Recht auch Gebrauch gemacht wird, zeigen die vorgesehenen Entlassungen.

Die Arbeitnehmer in den Reichs- und Preussischen Staatsbetrieben wählen die Listen der freien Gewerkschaften.

SPD. Vom Sonntag bis Dienstag tagt im Berliner Gewerkschaftshaus eine Konferenz der Malereibetriebe und der Malereiabteilungen der im Verband sozialer Baubetriebe organisierten Bauhütten.

Wirtschaft Technik Handel

Zollschutzpsychose.

Sabotage der Preissenkung.

SPD. Während man sich in Genf mit der Frage einer internationalen Zollabrüstung beschäftigt, stellt die deutsche Industrie neue Zollforderungen auf. Man kann nicht behaupten, dass sie dabei übermässige Bescheidenheit an den Tag legt. Zumeist verlangen die Anträge der Industriellen eine Verdoppelung oder Vervielfachung der bestehenden autonomen Sätze. Mit wenigen Ausnahmen handelt es sich auch um Industriewaren, deren Zollsätze in den für Deutschland entscheidendsten Handelsverträgen gebunden sind. Einige Anträge fordern sogar die Aufkündigung von Handelsverträgen, um sofort in den Genuss des erhöhten Zollschutzes zu gelangen.

Dem gegenüber erinnern wir an Ausführungen, die der verantwortliche Leiter der deutschen Handelspolitik Ministerialdirektor Posse vor einigen Tagen in einem eindrucksvollen Aufsatz gemacht hat. "Wenn überhaupt irgendein Staat", so betont Posse, "dann hat Deutschland seine Wirtschaftspolitik mit voller Kraft in Richtung des Stillstandes und des Abbaus internationaler Handelsbemühnisse einzusetzen, weil nur die steigende Aktivität der Handelsbilanz, mit anderen Worten die Überschusswirtschaft, uns Sicherheit für die Erfüllung der uns aufgezwungenen Lasten geben kann." Posse weist mit Recht darauf hin, dass der deutsche Export nach Europa gravitiere und dass sich der deutsche Aussenhandel mit den wichtigsten europäischen Ländern dank der gestiegenen Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie und dank der Handelsverträge hoch aktiv gestaltet habe. Wenn auch der Gedanke des Zollfriedens zunächst am französischen Widerstand gescheitert sei, so liege es doch im allerstärksten Interesse Deutschlands, dass in irgendeiner Form in Genf eine Stabilisierung des Zollniveaus erreicht und ein weiteres Aufstocken der Zollmauern verhindert werde.

In dem gleichen Augenblick nun, in dem alle Bemühungen darauf konzentriert sein müssten, dieses Ziel irgendwie zu erreichen, wird in Deutschland eine Fülle von Zollanträgen gestellt, deren Erfüllung nicht allein die Genfer Bemühungen, sondern auch unser ganzes Exportsystem zerstören muss. Man würde es psychologisch noch begreifen können, wenn einige kleine, auf den inneren Markt beschränkte Industriezweige aus ihren Nöten heraus an den Staat um erhöhte Zölle appellieren, obwohl zumeist zollpolitische Massnahmen die Lage dieser Industrien gar nicht bessern können. Unverständlich erscheint es aber, wenn ausgesprochene Exportindustrien wie die Kleiseisenindustrie, der Textilmaschinenbau und einzelne Zweige der Elektro- und der chemischen Industrie, die den inneren Markt ohne mengenmässig ins Gewicht fallende ausländische Konkurrenz beherrschen und einen grossen Teil ihrer Produktion - 50 % und mehr - nach dem Märkten der ganzen Welt exportieren, höhere Schutzzölle verlangen. Die Motive dafür sind fast immer dieselben: Man will entweder die ausländische Einfuhr, die oft nur ein paar Prozent der Gesamtproduktion in Deutschland ausmacht, beseitigen oder man verlangt den Zollschutz, um bei der Schaffung und der Erneuerung internationaler Kartelle einen noch lückenloseren Gebietsschutz oder eine höhere Quote zu erhandeln. Was soll man z.B. dazu sagen, wenn der deutsche Textilmaschinenbau mit einer Ausfuhr von mehr als 250 Millionen Mark pro Jahr, der eine Einfuhr für einige, meist in Deutschland nicht in gleicher Qualität oder Preisla-

ge hergestellte Maschinen im Werte des zehnten Teils der Ausfuhr gegenübersteht Zollerhöhungen von 50 bis 100 % verlangt? Wie kann ferner die Kleineisenindustrie, die rund 50 % ihrer Produktion ins Ausland absetzt, - es ist eine typische deutsche Ausfuhrindustrie, deren Einfuhrquote nur etwa 3 % der Gesamtproduktion in Deutschland beträgt - für zahlreiche Stahlwaren beträchtliche Zollerhöhungen verlangen?

Wie können diese Industrien, die nach aussen immer wieder ihre freihändlerische Einstellung betonen und mit Recht über die Höhe der Zölle im Ausland klagen, eine Zollpsychose mitmachen, durch die sie ihre eigenen Exportmöglichkeiten und die der deutschen Gesamtwirtschaft aufs Spiel setzen? Das entspricht sehr wenig den vom Reichsverband der Deutschen Industrie in seiner letzten Denkschrift "Ausstieg oder Niedergang?" geäusserten Grundsätzen, in denen die Bedeutung der Handelsverträge für die deutsche Exportentwicklung anerkannt und betont wird, dass es unbedingt notwendig sei, "das System der Handelsverträge vor jeder Erschütterung zu bewahren."

Nun wollen wir nicht verkennen, dass eine ganze Reihe von Industrien mit einem erhöhten Zollschatz akute Wirtschaftsschwierigkeiten überwinden will. Geht man den Dingen im einzelnen nach, insbesondere bei der Textilindustrie, so zeigt sich, dass die unbefriedigende wirtschaftliche Lage durch den inländischen Konjunkturrückgang bedingt ist und dass übergrosse ausländische Einfuhren nirgends an der schlechten Beschäftigung der Industrien schuld sind. Es zeigt sich auch weiter, dass vielfach Mängel der industriellen Organisation für die unbefriedigende Rentabilität der Industrien verantwortlich zu machen sind. Wir erinnern an die übergrosse Kapazität der Baumwollindustrie, an die viel zu weitgehende Ausdehnung der Produktionsanlagen und die ungenügende Spezialisierung der einzelnen Betriebe. Kein erhöhter Zollschatz, sondern Beseitigung dieser organisatorischen Schwächen kann die wirtschaftliche Lage dieser Industrien wieder heben. Es sind also neben der notwendigen handelspolitischen Rücksichtnahme auch innerwirtschaftliche Gründe, die in den meisten Fällen einen erhöhten Zollschatz verbieten.

Im übrigen sei auf das Problem der Preissenkung in Deutschland verwiesen, von dem ohne Zweifel unsere Wirtschaftsentwicklung mehr als je abhängig ist. Die Rohstoffpreise haben sich gesenkt, die Fertigwarenpreise aber nicht. Das Konjunkturforschungsinstitut stellt in seinem letzten Vierteljahrsbericht fest, dass die Preise für wichtige Fabrikate seit Herbst 1929 in Deutschland wesentlich geringer gesunken sind als im Ausland. Dabei kann kein Zweifel darüber herrschen, dass der Konjunkturrückgang in Deutschland ein viel stärkeres Ausmass angenommen hat als in irgend einem anderen europäischen Lande. Wir haben heute in Deutschland trotz fünfjähriger Rationalisierung und trotz eines ausserordentlichen Tiefstandes der Rohstoffpreise ein übersetztes industrielles Preisniveau. Diese Entwicklung bedarf unbedingt der Korrektur, wenn die deutsche Wirtschaft die gegenwärtige schwere Depression rasch überwinden soll. Die Häufung der Zollanträge ist sicherlich ein Zeichen dafür, dass heute bereits ein gewisser Preisdruck von der ausländischen Konkurrenz ausgeht und die Industrie durch erhöhten Zollschatz diese preisregulierende Wirkung der ausländischen Konkurrenz verhindern will. Würde man den jetzigen Zollanträgen nachgeben, so würde, von allen Handels- und exportpolitischen Konsequenzen abgesehen, die jetzige Preisabbautendenz zum vorzeitigen Stillstand gelangen und damit auch die Wiederankurbelung der deutschen Wirtschaft hinausgezögert werden.

Börsenbericht

(für die Woche vom 10. bis 15. März.)

SPD. Trotzdem am Mittwoch auf Grund der Annahme des Youngplanes und der unverminderten Geldflüssigkeit (täglich kündbares Geld ist zu 4 % geradezu dringend angeboten) eine recht feste Tendenz mit Kurssteigerungen bis zu 10 und 12 Punkten zu verzeichnen war, schliesst die Börse auch diese Woche mit Verlusten ab. Die Situation bleibt undurchsichtig und nervös; noch sind keine durchgreifende Besserungsaussichten zu erkennen.

Die grösste Überraschung brachte in der abgelaufenen Woche der Markt der Bankaktien, insbesondere die Kursbewegung der Aktien der "Deutschen Bank und Diskontogesellschaft" und der "Darmstädter-Nationalbank". Nachdem es bisher fast als selbstverständlich galt, dass alle Grossbanken dieselben Dividenden wie im vergangenen Jahre verteilen würden, tauchte plötzlich am Donnerstag das Gerücht auf, dass mindestens die DD-Bank ihre Dividende um 1 bis 2% kürzen werde und dass bei der Danatbank ähnliche Überlegungen schweben sollen. Der Erfolg war, dass die DD-Aktien, die am vergangenen Sonnabend noch 146,5 % notiert hatten, bis auf 140,25 % am sehr schwachen Donnerstag zurückgingen, um am Freitag 141,25 % zu notieren. Die Aktien der Danatbank sanken von 232 auf 226,25% und waren am Freitag 227%.

Das sind für Grossbankaktien, die sonst von eiserner Stabilität sind, sehr erhebliche Verluste, die ihre Wirkung auf die ganze Börse nicht verfehlten. Ob die Gerüchte Tatsache werden, ist abzuwarten. Es geht innerhalb der DD-Bank jedenfalls ein Kampf um die Dividendenbemessung, dessen Ausgang noch ungewiss ist. Sicher ist nur, dass alle Grossbanken im letzten Jahre Verluste (an der Börse und in der Wirtschaft) erlitten haben. Bei der Reichsbank treffen zwar diese Voraussetzungen nicht zu, auch ist die Dividende unverändert festgesetzt. Trotzdem gingen Reichsbankanteile von 286 % auf 278,5 % am Donnerstag zurück und waren am Freitag 282%.

Absolut und relativ noch grössere Verluste hatten erneut die Kunstseidenaktien aufzuweisen, da man hier kaum noch daran glaubt, dass überhaupt eine Dividende ausgeschüttet wird. Die Aktien der Allgemeinen Kunstzijde Unie (Aku) gingen von 107% am Donnerstag auf 97,5% zurück, also unter den Paristand, und notierten dann am Freitag 98%. Bembergaktien sanken, nachdem sie zunächst auf 157% gestiegen waren, am Donnerstag auf 147% und waren am Freitag unverändert.

Zu den Papieren, die sehr starke Schwankungen innerhalb weniger Tage aufwiesen, gehören vor allem die Siemensaktien. Sie stiegen zunächst von 241 auf 252%; um dann am Donnerstag auf 244% zurückzufallen und am Freitag 246% zu notieren. Hier halten die Verkäufe des Auslandes ununterbrochen an. Bei Salzdethfurt (Kali) regten tageweise Hoffnungen auf eine Dividendensteigerung an, die man mit den sehr hohen Gewinnen dieser Industrie begründete. Der Kurs stieg von 349 auf 364%, war aber am Donnerstag schon wieder 354 und am Freitag 355%. Die Aktie der I.G. Farbenindustrie steht bereits so niedrig im Kurse, dass geringe Veränderungen für sie relativ viel sind. Ihr Kurs ging von 164% am Mittwoch auf 159,5% am Donnerstag zurück; am Freitag stellte er sich auf 160,5%. Etwa fünf Punkte schwächer wurden am Donnerstag die Polyphonaktien, die von 275 auf 270% abfielen.

Nur eine Gruppe von Aktien war im allgemeinen recht gut behauptet, nämlich Montanaktien. Allerdings erfolgen hier nur sehr geringe Umsätze, da sich das Material zu einem sehr grossen Teil in Händen von Grossaktionären befindet, die mindestens bei den jetzigen Kursen nicht zu Verkäufen neigen. Typisch war die Kursbewegung zweier, ganz grosser Montanpapiere, von Gelsenkirchener Bergwerk und Harpener Bergbau. Gelsenkirchen gingen zwischen 138 und 139 % hin und her. Harpener schwankten zwischen 132 und 130%. Eine Kleinigkeit fester lagen die Ilse-Aktien, auf die erhöhten Gewinne im letzten Ge-

schäftsjahr hin. Sie gingen von 249 auf 251 % am Freitag.

Ganz im Stillen, nämlich am Markt der amtlich nicht notierten Werte, vollzog sich eine geradezu sensationelle Steigerung, die voll und ganz aus dem Rahmen der Börse herausfiel. Linke-Hofmann-Aktien stiegen von 60 auf 75 %, da die Danatbank ununterbrochen als Käufer für diese Aktien auftrat. Sicher ist das auf die Besserung der Lage in der Waggonindustrie zurückzuführen.

Fest, trotz matter Auslandsmeldungen.

(Berliner Getreidebörse vom 14. März.)

SPD. Die ausgesprochen feste Tendenz der Berliner Produktenbörse vom Freitag hatte ihr Ursache in Gerüchten über neue Zollerhöhungen. Demzufolge gingen die Preise steil in die Höhe, sodass Weizen am Markte der Zeitgeschäfte 3 - 4 Mark, Roggen 4 - 5 Mark gewinnen konnte. Im Handel mit effektiver Ware war das Inlandangebot recht knapp und wurde zu Preisen glatt aufgenommen, die um etwa 2 Mark über den gestrigen Schlusskursen lagen. Die matten Auslandsmeldungen konnten unter diesen Umständen keinen Einfluss auf die Stimmung ausüben. Indessen wurde das Mehlgeschäft von der Belebung noch nicht mitgezogen. Versuche der Mühlen, höhere Preise durchzusetzen, blieben erfolglos. Grössere Abschlüsse fanden nicht statt und die laufenden Umsätze erfolgten auf Basis der letzten Preise. Hafer hatte ausreichendes Angebot und unveränderte Preise. Das Geschäft war ziemlich ruhig.

	<u>13. März</u>	<u>14. März</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	232 - 233	234 - 237
Roggen	139 - 144	141 - 146
Braugerste	160 - 170	160 - 170
Futter- und Industriergerste	140 - 150	140 - 150
Hafer	118 - 127	118 - 127
loco Mais Berlin	155	155
Weizenmehl	26,50-34,00	26,50-34,00
Roggenmehl	20,00-23,50	20,00-23,50
Weizenkleie	8,00- 8,50	8,00- 8,50
Roggenkleie	7,25- 7,75	7,50- 7,75

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März - (Vortag 242), Mai 254-255½ (251 1/4), Juli 261½-263½ (258½). Roggen März 159 (-), Mai 166 (162½), Juli 169-170 (165). Hafer Mai 134-135½ (131), Juli 140½ bis 141½ (137½).

Berliner Viehmarkt.

(14. März)

SPD. Nach den Angaben der Viehzentrale G.m.b.H. standen am Freitag ungefähr 10 000 Schweine mehr zum Verkauf als vor 8 Tagen. Die Zentrale bezeichnet die Annahme bei den Produzenten, dass infolge des polnischen Handelsvertrages in nächster Zeit grössere polnische Zufuhren nach Deutschland hereinkämen, als übertrieben. Sie rechnet aber mit Absatzschwierigkeiten, wenn in Zukunft nicht mehr Ware zu Fabrikationszwecken aus dem Markt genommen wird. So lange die Arbeitslosigkeit anhält, sei aber kaum mit einer nennenswerten Konsumsteigerung zu rechnen. Wir führen den Preisrückgang auf eine gewisse Panik der Produzenten zurück. Mit den sinkenden Preisen in den letzten Wochen hat ein

überstürztes Angebot eingesetzt. Das Geschäft selbst entwickelte sich am Berliner Markt am Freitag glatt bei nachgebenden Preisen. Auf dem Rindermarkt genügte der Auftrieb. Der Handel am Kälbermarkt vollzog sich ruhig bei nachgebenden Preisen. Die Zufuhren waren genügend.

Amtliche Notierungen der Direktion für 1 Zentner Lebensgewicht in Mark:
Kühe: a) 42-48 (voriger Markt 40-46), b) 32-40 (32-39), c) 28-31 (28-31), d) 23-27 (23-27), Kälber: a) -, b) 72-78 (75-81), c) 58-73 (60-75), d) 38-55 (43-58), Schweine: a) (über 300 Pfund) 65-67 (71), b) (240-300 Pfd.) 67 (70-71), c) (200-240 Pfund) 65-67 (70-71), d) (160-200 Pfd.) 64-65 (67-70), e) (120-160 Pfd.) 61-63 (64-66), f) (unter 120 Pfund) -, g) (Sauen) 61 (64).

Berliner Milchpreis.

SPD. Milchpreis Berlin: Erzeugerpreis für 1 Liter Vollmilch frei Berlin = 14½ Pfennige ab 14. März. Zuschläge: Tiefgekühlte 0,5, molkereinässig bearbeitete Milch 2 bis 2,25 Pfennige, nach Massgabe der abgeschlossenen Verträge.

SPD. Die dem Reich gehörige Vereinigte Aluminiumwerke A.-G. wird für das verflossene Geschäftsjahr die übliche Dividende von 9 % ausschütten. Der Bruttogewinn hat sich von 9,6 Millionen auf 8,7 Millionen verringert. Zu gleicher Zeit ist eine Steigerung der Handlungskosten und Zinsen von 1,47 Millionen auf 1,69 Millionen Mark eingetreten. Die Abschreibungen sind mit 2,09 Millionen Mark (im Vorjahr 2,04 Millionen) abermals erhöht. So errechnet sich ein Reingewinn von 3,76 Millionen Mark gegenüber 4,6 Millionen Mark im Jahre vorher.

Für die Entwicklung werden die im Frühjahr 1928 erfolgte Preissenkung von 10 % und die Lohnsteigerungen verantwortlich gemacht. Diese Argumentation wird in der Öffentlichkeit wenig überwogen. Die Rationalisierung in der Aluminiumproduktion ist so erheblich, dass die Aluminiumindustrie mit einer 10 %igen Herabsetzung der Preise wirklich nicht zu viel getan hat. Wir sind auch überzeugt, dass in den gesunkenen Gestehungskosten trotz der 10 %igen Preisverminderung Reserven sind, um die Lohnsteigerungen auszugleichen.

Der Abschluss erweckt auch den Eindruck, dass man im verflossenen Geschäftsjahr kaum geringere Summen in die stillen Reserven gestellt hat als in den Vorjahren. Indirekt geben die Vereinigten Aluminiumwerke in ihrem Geschäftsbericht die Möglichkeit einer Preissenkung zu. Sie berufen sich u. a. darauf, dass die deutsche Aluminiumindustrie eine stabile Preispolitik treibe, "um den Absatz zu fördern". Unserer Ansicht nach würde der Absatz am besten gefördert, wenn sich die deutsche Aluminiumindustrie der allgemeinen Preisbewegung auf den Weltmärkten anschliesse, die nach unten zeigt. Wenn wichtige Agrarprodukte und die wichtigsten Metalle stark im Preis eingebüsst haben und anscheinend nicht nur vorübergehend, so wird sich die Aluminiumproduktion dieser Tendenz wohl kaum entziehen können.

SPD. Die Roddergrube, die den Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerken nahesteht, verteilt für das verflossene Geschäftsjahr eine Dividende von 30 %. Die Dividende errechnet sich nach einem Vertrag mit den Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerken, wonach die Roddergrube immer die dreifache Dividende des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerks zu zahlen hat. Im vorigen Jahr betrug die Dividende der Roddergrube 27 %.

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D.

Berlin, den 14. März 1930.

Reims.^x

SPD. Von Verdun, noch unter den erschütternden Eindrücken der Schlachtfelder, fahre ich nach Reims. In einem alten, abgebrauchten Personenzuge. Immer entlang den Höhen der Champgne. Sie entbieten von der rechten Seite her einen stummen, traurigen Gruss. Regimenter um Regimenter haben dort oben verbluten müssen.....

Auf der kleinen Umsteigestation St. Hilaire au Temple, wo es links nach Chalons sur Marne und Paris, rechts nach Reims geht, warte ich eine Stunde. Es ist frühlingshaft warm, unendlich still, als ob sich die Natur jahrelang, jahrzehntelang erholen müsse von der Orgie wütender Zerstörung..... Immer wieder blicke ich hinauf zu den Bergen, die weiss, gespensterhaft leuchten unter dem blauen Himmel..... Solche Urgegensätze menschlichen Lebens kann man mit keinem Worte schildern; man muss sie erleben; mehr als das: man muss unter ihrer Gewalt leiden, und dies Leid muss sich zu dem Willen formen, eine solche Schändung der Natur, in der sich der Mensch zugleich selbst schändet, nie mehr zuzulassen.....

Dann geht es auf Reims zu. Ich bin in grosser Spannung. Es kommt mir nicht darauf an, nun die "schönste" Kathedrale Frankreichs gesehen zu haben und das registrieren zu können - sie streitet sich übrigens mit der von Chartres und der von Amiens um diesen Ruhm.... Was sollen überhaupt diese Wertungen? Jede steht einzigartig da in ihrer Grösse, ihrer Reinheit, in dem stummen Entzücken der Erbauer, das sich dem harten Material mitteilte.... dem Material, das keines Menschen Hand zerstören zu können schien. Und doch hat die Hand des Menschen das Zerstörungswerk vollbracht. Das gerade ist es, was mich so gespannt macht, und darum komme ich, um zu sehen, zu prüfen, zu urteilen: wie denn das war, dass Menschen die Heiligtümer ihrer Religion und Kunst, mit Mühen sondergleichen aufgebaut und erhalten, geweiht zu tausendjähriger Stätte der Anbetung, so schänden konnten....

Reims erscheint in der Nähe. Immer weisser glänzen rechts die Kalkhöhen der Champgne. Ein paar Tage war Reims im Jahre 1914 von deutschen Truppen besetzt. Dann lagen sie bis zum Kriegsende davor. Auch im Jahre 1918 gelang die Einnahme nicht mehr. Aber alles wurde zerstört. Von vielen hundert Häusern waren 1918 noch acht, ganze acht unzerstört. Von Dörfern abgesehen, war Reims die am meisten zerstörte Stadt des Weltkrieges. Es lag auch unmittelbar vor den Schlünden der Kanonen, während zum Beispiel Verdun so verdeckt lag, dass kein deutsches Fernrohr hineinsehen konnte. So lag denn nach dem Kriege das alte Reims zerstört: von den alten Römern als Durocortorum erbaut, seit 1179 ständiger Krönungsort der französischen Könige, den Deutschen durch Schillers "Jungfrau von Orleans" lebendig nahe gekommen, mit seiner gotischen Kathedrale von 1212, immer wieder die Stadt, die neben Paris selbständige historische und kulturelle Bedeutung beanspruchte und damit einigermaßen Erfolg hatte.... Jetzt lag sie in Trümmern, erholte sich langsam, in jenem wenig schönen Nachkriegsstil, der weiss, staubig, reichlich gebrauchsmässig, wie ein Notbehelf und ohne künstlerische Verantwortung, die wiederaufgebauten Gebiete zum grössten Teile verunstaltet.

Ich gehe durch einige dieser Strassen. Ich habe geradezu Furcht, dass

dass auf diesem unwürdigen Hintergrunde das herrliche Bauwerk erscheinen könnte... Zuerst -- ich wage kaum hinzusehen -- müssen noch die Gruppen von reisenden Engländern und Amerikanern absolviert werden, die sich an den Verkaufsständen drängen. Das Geschäft blüht! Die Hefte mit Ansichtskarten und Photos finden rasenden Absatz. Reims in Ruinen, Reims bis Soissons (mehrere Hefte mit den Bildern von Schlachtfeldern)... am eindrucklichsten ohne Zweifel eine Gegenüberstellung der Photos vom unzerstörten und vom zerstörten Reims: die Kathedrale, die Strassen, die wenigen beträchtlichen Gebäude der Stadt.

Ich schlendere wieder fort. Noch ist mir der Eindruck der Kathedrale zu gross. Ich entdecke das fürchterlich zerschossene Theater; man sieht in die Ruinen des Foyers hinein, aber man kann noch die Engelsköpfe mit den für den französischen Literaturgeschmack charakteristischen Namen sehen: Auber, Corneille, Molière, Racine, Mozart. Dann entdecke ich das Denkmal Ludwigs XV. Es hat den Stürmen gut getrotzt. Und wenn das wahr wäre, was darauf steht: dass das Volk in unendlicher Liebe und Verehrung diesem wahren Vater des Volkes das Denkmal errichtet habe, dann könnte man meinen, er habe als Schutzpatron -- sich selbst seiner Stadt erhalten wollen. Mag dieser König auch nicht so schlimm gewesen sein, wie es das allgemeine Urteil meist annimmt, so war er doch ein "Unumschränkter", dem das Volk nie mehr bedeutete als eine Folie für seinen Glanz. In diesem Sinne mag er diese Folie sogar geliebt haben....

Die Kathedrale....

Unerhört gross und stark wirkt auf den ersten Blick der Reichtum der Formen, des Materials, die Fülle der Linien, die Endlosigkeit der Ueberhöhungen. Die Portale allein -- eine Weltreise für das Auge, immer grösser, immer lebendiger, immer gefühlter und erfüllter entschleiern sie sich. Die Figuren: unzählbar, alle individuell gestaltet, aus einem Reichtum des Religiösen, wie er uns -- mögen wir noch so schöne Worte machen -- völlig unbegreiflich ist. Auf einmal fehlt einem grossen Heiligen der Kopf: er ist ihm im Weltkrieg, im Satans triumph der maschinellen Zerstörung, abgerissen worden. Die anderen sehen schweigend -- und es möchte scheinen: entsetzt -- zu. Dann das Innere: hoch, ragend, in Schutt und Staub jetzt, aber viele Hände arbeiten an Reinigung und Aufbau.... Man geht immer wieder hindurch und entdeckt Neues. Die Türme: massiv und luftig zugleich, wie ein ganz zartes, duftiges Gewebe und doch ein für Jahrtausende gebautes ragendes Denkmal....

Der grosse französische Bildhauer August Rodin, dessen Werkstatt und heute zugleich Museum zu den schönsten und innerlichsten Eindrücken von Paris gehört, hat vor dem Kriege ein Buch über die Kathedralen Frankreichs geschrieben. Unter den feinen Zeichnungen ist keine von Reims. Er hat es mit dem Worte versucht: und es gelingt ihm, in der schwärmerischen Freude der Vorkriegszeit, ein Wortgemälde zu errichten -- sicher eine der schönsten Lobpreisungen eines Bauwerks, die es gibt, Schilderung, Beschreibung, Ausdeutung zugleich. Hören wir ein, zwei Sätze daraus: "Diese Bischofsgestalten, wahrhaft fähig, Blitze zu schleudern; die grosse, majestätische Frauengestalt, das Gesetz.... Die Jungfrau des Türpfeilers, mit dem verklärten Gesicht, ist die echte französische Frau, die Frau der Provinz, die schönste Pflanze unsres Gartens."

Wir sehen nun Reims als Kriegsopfer, als eins der Millionen und Milliarden.... Wir schwärmen nicht. Noch viel vergangener ist uns dieses Mittelalter als vor dem Kriege.... Aber wir schauen und lernen; wir kämpfen und bauen an einem Neuen....

Dr. Hans Hartmann.

Afrikas unbekannte Ungeheuer.^x

SPD. "Und Mohammed wusste viele Geschichten von unbekanntem Tieren an unbekanntem Flüssen zu erzählen", berichtet Bengt Berg, der grosse schwedische Vogelforscher, in dem Buche, das er seiner Afrikareise zur Suche nach dem Riesenstorch Abu Markub gewidmet hat.

So etwas erzählt ein grosser Zoologe unserer Tage. Kurz vor der letzten Jahrhundertwende aber, vor noch nicht ganz vierzig Jahren, war man in wissenschaftlichen Fachkriegen schon fest davon überzeugt, dass Neuentdeckungen überhaupt nicht mehr zu erwarten seien. "Kommen doch noch solche vor, so kann es sich nur um Spielarten bekannter Tierarten oder um tierische Lebewesen geringer Körpergrösse, wie etwa Insekten, handeln...."

Nun, inzwischen haben wir auf Sumatra eine neue Nashornart, auf der Insel Komodo - auch zu den Sundainseln gehörig - die vielbesagten Riesenwarane und in Südamerika einen Menschenaffen entdeckt....weil ja bekanntlich und laut Zoologielehrbuch erstens mit Neuentdeckungen an und für sich Schluss ist und ausserdem Südamerika Menschenaffen gar nicht besitzt. Damit ist die Liste der Entdeckungen aber beileibe noch nicht beendet. In Afrika fand man ein riesiges unbekanntes schwarzes Waldschwein (1904) und noch etwas früher einen kurzhalsigen Verwandten der Giraffe, das Okapi, von dessen scheuem Leben im grünen Dämmerdunkel unendlicher Kongo-Urwälder die Eingeborenen schon lange berichtet hatten. Und Hans Schomburgk war ausgezogen und hatte für Hagenbeck in Liberia das mythische Zwergflusspferd Choropsis gefangen und erste nähere Kunde davon gebracht, dass es auch einen Zwergelafanten gäbe.

Wie gesagt, an Neuentdeckungen war nicht mehr zu denken, - - man versteht nach all dem nun aber doch, dass Bengt Berg es heute ruhig wagen kann, von den Erzählungen seines eingeborenen Führers etwas verlauten zu lassen. Ist doch gerade Afrika der Erdteil, von dem es die meisten derartigen Gerüchte in bestimmter Form gibt. Gewiss, man sucht auch in Patagonien noch nach einem unbekanntem grossen Vogel, den ein Europäer (J.F. Milacsek) sogar schon geschossen hat, - das Stück versank im Wasser eines Sees, bevor es geborgen werden konnte, und nebenher auch noch ein wenig nach dem lebenden Riesenfaultier, das die Welt seit einem halben Jahrhundert mit Beweisen einer möglichen Existenz ohne wirklichen Beweis des Vorhandenseins narrt. Aber Afrika ist da doch ein ganz besonderes Land. Immer noch, trotz Flugzeug und drahtloser Telephonie.

Derselbe Schomburgk, der das Zwergflusspferd als Tatsache erwies, wunderte sich am Bangweelosee darüber, dass der See keine Flusspferde kenne, für die er doch die besten Lebensbedingungen zu bieten scheine. Befragte Neger antworteten ihm geheimnisvoll, die Flusspferde getrauten sich dort nicht ins Wasser, denn dort lebe ein Tier, das nie an Land komme, aber sehr gefährlich sei und nur Flusspferde fresse. Schomburgk kümmerte sich damals nicht weiter um die Sache, sprach wieder in Europa, aber mit Carl Hagenbeck darüber, der aus anderen Quellen ähnliches erfahren hatte und eine Expedition ausrüsten liess, eigens zu dem Zwecke, den vermuteten Saurier des Bangweelosees zu fangen. Aber diese Expedition hat noch nicht einmal den See erreicht. - Hagenbeck hatte von anderen Tierfängern nämlich ähnliche Mitteilungen auch für andere afrikanische Gebiete bekommen, auch Buschmannzeichnungen kopiert erhalten, aus denen man mit etwas Phantasie und einigem guten Willen eine Art lebenden Brontosaurus ablesen konnte. Der Leiter der deutschen Likuala-Kongo-Expedition, Hauptmann Freiherr von Stein zu Lausnitz, hat dann gelegentlich dieser nicht bis zum beabsichtigten Ende durchgeführten Expedition weiteres Material von den Eingeborenen gesammelt. Sie beschrieben das sehr gefürchtete Tier "mokéle - mbêmbé" als ungefähr elefantengross, mit langem, biegsamen Hals und kräftigem Krokodilschwanz, einem einzigen grossen Zahn oder Horn. Es lebe im Wasser des Flusses (Kongo), besonders bei Stromschnellen, greife Kanus sofort an und töte die Besatzung, fresse sie aber nicht auf, da es

pflanzliche Nahrung, besonders eine ganz bestimmte Uferliane, sehr liebe.

Genau die gleiche Sage hörten Reisende von einem unbekanntem Tier des Benuéflusses erzählen, mit der Verstärkung, dass das Tier auch Elefanten töte, wenn es sie im Wasser antreffe, anscheinend aus reinem Uebermut und als Kraftprobe. Die Leichen von Elefanten hat auch von Stein schwimmen sehen. Er hielt sie für Opfer der Stromschnellen selbst, wobei man als Kompromiss sich denken könnte, dass das Ungeheuer, wenn es den mindestens gleichgrossen Elefanten auch nicht direkt etwas tun kann - zumal da es ja selbst nur ein Pflanzenfresser sein soll - sie doch bis zum Ertrinken scheu macht. In die Linie der Möglichkeit eines solchen Tieres fällt dabei der geologisch und paläontologisch bis zum Ueberdruss erhärtete Umstand, dass das afrikanische Festland vor Jahrtausenden, in der wirklichen Saurierzeit, nicht nur der Tummelplatz von Riesenherden dieser Grossechsen war, sondern sich auch seit den Sauriertagen der Kreide nicht wesentlich verändert hat, speziell nie eine nahezu allgemeine Wasserbedeckung durchmachte, wie sie Europa gleich nach der Kreidezeit überfiel. Da könnte bei wenig veränderter Umwelt wirklich eine kleinere Art des allgemeinen Aussterben der Riesendrachen überdauert haben.

In neuester Zeit bringt die englisch geschriebene Presse der ganzen Welt einen Sensationsbericht zweier Belgier, die im östlichen Kongobecken das Tier wirklich und wahrhaftig gesehen haben wollen. Obwohl in den Presseberichten so viele offensichtliche Fehler und Uebertreibungen stehen, dass man die Lust verliert, sie zu lesen, ist doch das eine bezeichnend, dass auch diese Belgier von einem Horn auf dem Kopfe sprechen. Jedenfalls haben sich die letzten Saurier, wenn es sich um solche handelt, - wozu man nach allen diesen Nachrichten tatsächlich nur noch das Tier selbst als Beweis verlangen kann, um es restlos glauben zu müssen - eines der wenigen Gebiete der Erde ausgesucht, wo es sehr leicht erklärlich ist, dass man ihnen noch nicht näher auf den Leib rücken konnte.

"Ich bin überzeugt, dass es sich um einen Saurier handeln muss", sagt Schönburgk. Und ein anderer alter Afrikaner, F.C. Law, der ein anderes (oder vielleicht auch dasselbe) unbekanntes Grosstier flüchtig in Rhodesien gesehen hat, schreibt vom Zambesi: "In der üppigen Wildnis, die die Engen dieses Flusses umschliesst, lassen unbekannte Vögel tagaus, tagein ihren Ruf ertönen; die dichten Palmen rauschen von den Bewegungen unbekannter Tiere, und in den hohen Gräsern raschelt es von einem noch unentdeckten Leben. Ich kann niemals über diese grünen Gürtel hin, in diese brausenden wirbelnden Wasser blicken, ohne die Ueberzeugung zu gewinnen, dass Afrika noch viele unbekannte Ungeheuer birgt." - -
Willy Ley.

Da gibt's garnichts zu lachen.^x

Von Michael Sostschenko.

SPD. Vor kurzem erst ist es geschehen, Genossen. In einer herrlichen Brotfabrik. Der leidtragende Held des Tages ist Genosse Grigorjeff. Mit dem hat einer seiner Freunde einen recht eigenartigen Scherz getrieben. Er stürzte ihn in einen Bottich mit Hefeteig. Gab das ein Gelächter! Das kann man wohl flüsternd stehen dieser Grigorjeff da neben dem Bottich in ernsthaftem Nachdenken. Vielleicht über den Parteibeitrag. Da kommt der Freund und stürzt ihn in den Teig. Das war eine schöne Geschichte!

Grigorjeff brüllt flucht beim Satan. Der Hefeteig ist dünn. Ihr versteht wohl er ist bei uns häufig so dünn, dass einem dabei der Appetit vergeht. Der Teig fliesst ihm in den Mund, verstopft ihm die Nase, verklebt ihm die Ohren. Der bedrängte Genosse brüllt, klammert sich an den Bottich, versucht herauszuklettern. Die vernünftigeren Bäcker eilen herbei, ziehen den Kameraden heraus.

Wehmütig steht er da. Er kann nichts sehen - der Teig verkleistert ihm die Augen. Er hat auch keinen Appetit - hat sich überfressen an dem Hefeteig.

Ein Teil der Bäcker entrüstet sich: es ginge nicht mehr an, den Hefeteig zu verkneten und Brot daraus zu backen. Es wäre immerhin unappetitlich. Unbestreitbar hätte ein Mensch eine Weile mitsamt seinen Füßen drin gesteckt. Sei er auch ein Verbandsmitglied und sei selbst Gorkij eine Zeit lang Bäcker gewesen und dergleichen mehr, so sei es doch kulturwidrig. "S ist immerhin keine Rosine."

Andere meinen: "Wenn die Stiefel nicht in der Hefe geblieben sind, so könnte man schon verkneten."

Der Leidtragende sagt: "Die Stiefel, glaub' ich, sind hier."

So wurde der Teig verknetet. Und nun schreibt die "Prawda" in Leningrad: "Mit Rücksicht darauf sind drei Mann dem Gericht übergeben worden. Der eine, weil er einen Menschen in den Teig gestürzt hat, die beiden anderen, weil sie aus dem Hefeteig haben Brot backen lassen."

Der eine - hat's wohl verdient. Die anderen jedoch erscheinen zu Unrecht verurteilt. Das Brot, meinen sie, hätte gar appetitlich ausgeschaut. "S ist überhaupt nicht zu erkennen, dass ein Mensch in dem Hefeteig ein Bad genommen hat."

(Aus dem Russischen übertragen von Wanda Waldheimer).

Deutsche Kunstausstellung in London.

SPD. Die Royal Academy in London hat den Plan gefasst, eine grosse Gesamtschau deutscher Kunst zu zeigen. Allerdings will man eine solche Ausstellung erst in 2 oder 3 Jahren nach einer französischen und spanischen Kunstausstellung veranstalten, nämlich wie man im Vorjahre eine niederländische und kürzlich eine umfassende italienische Kunstschau gezeigt hat. Mancherlei Eigentümlichkeiten spielen da mit hinein, die schon heute einen Hinweis angebracht erscheinen lassen. Von deutscher Seite würden die Staatlichen Kunstsammlungen den Hauptteil an Kunstwerken zur Verfügung stellen. Demgegenüber besteht aber keine englische Gegenseitigkeit, da bisher das englische Parlament noch nicht die Zustimmung dazu gegeben hat, dass die National Gallery und andere staatliche Sammlungen Bildwerke zu diesem Zwecke herleihen können. Da gerade in England sich sehr wichtige Gemälde alter deutscher Meister befinden, wäre es eigentlich eine Selbstverständlichkeit, wenn ein parlamentarischer Beschluss diese Beschränkung aufheben würde.

Zweifellos würde eine solche Ausstellung, wenn sie unter dem Gesichtspunkte bester Qualität durchgeführt würde, eine ungemeine wertvolle kulturpolitische Propaganda bedeuten. Im Allgemeinen muss man sagen, dass von deutscher Seite sehr viele Veranstaltungen in die Wege geleitet wurden, die man in anderen Ländern mitunter als ein kulturpolitisches Vordrängen empfand, auch weil die Auswahl nicht immer ganz einwandfrei war. In diesem Falle jedoch liegt eine offizielle Einladung vor, die eine ungewöhnliche Gelegenheit bieten sollte, ernsthaft und verantwortungsbewusst das Allerbeste in der wirkungsvollsten Form zeigen zu können. Wahrscheinlich gerade in London eine solche Ausstellung viel mehr kulturpolitische Aufklärungsarbeit leisten, als wenn da und dort im Ausland allzu eilig zusammengetragene deutsche Kunstausstellungen gezeigt werden.

O.B.

Heiteres vom Theater.^x

Lachen verboten!

SPD. Ein überaus interessanter Theaterzettel aus dem Jahre 1743 wird im Städtischen Museum zu Braunschweig aufbewahrt. Das vergilbte Blatt weist am Schlusse die folgende liebevolle Aufforderung an das Publikum auf:

"Zur Bekwemlichkeit des Publikumsz seyn angeordnet, das die erste Reihe sich hinterlegt, die zweyte Reihe kniebt, die drüdde stützt, die vührde steht, so kennen alle sähen. Aber das Laachen ist verboden, weills ein Brauerspül iszt."

Durchs Schlüsselloch.

Einige Jahrzehnte später soll sich ebenfalls in Braunschweig diese ergötzliche Theatergeschichte zugetragen haben:

Der Komiker Lachmann hatte in einem Lustspiel die Braunschweiger Bäckermeister wegen ihrer allzu kleinen Semmeln "angeflaumt". Für diese Beleidigung eines ehrenwerten Gilde musste Lachmann 14 Tage ins Kittchen.

Als er nach Verbüßung seiner Strafe zum erstenmale wieder auftrat und im Zuschauerraume so ziemlich alle Bäckermeister der Stadt versammelt sah, revanchierte er sich durch ein kleines Einschiesel in den Dialog. Er liess seinen Parther sagen: "Du bist ja in den 14 Tagen kolossal fett geworden." "Tja", lautete Lachmanns Antwort: "Man hat mir auch jeden Morgen frische Semmeln durchs Schlüsselloch geschoben."

Zusätze sind verboten.

Auch einer der späteren Nachfolger Lachmanns, der in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts am Braunschweiger Hoftheater tätige, überaus beliebte Komiker Oskar Fischer, liebte solche aktuellen Einflechtungen in den Dialog. Als er sich einmal ein solches "Extempore" geleistet hatte, das von allen Wissenden unschwer als eine zarte Anspielung auf intime Beziehungen des damals regierenden Herzogs Wilhelm gedeutet werden konnte, wurde er mit der Begründung bestraft: "Zusätze sind verboten". Eine Weile später war Fischer einmal in einer kleinen Chargenrolle bei der Apfelschusszene im "Wilhelm Tell" beschäftigt. Dabei liess das Streitross, auf dem der Landvogt Gessler herangeritten war, seinen Gefühlen freien Lauf und liess einige goldgelbe, dampfende Aepfelchen auf die Bühne fallen. Angesichts dieses unwürdigen Vorganges konnte Oskar Fischer es sich nicht verkneifen, mit warnend erhobenem Zeigefinger zu dem edlen Renner zu sagen: "Alter Freund, Zusätze sind verboten!"

"Was, du röchelst noch?!"

In einem Hamburger Privattheater soll sich kurz vor dem Kriege folgender "Zwischenfall" ereignet haben:

In einer Offizierstragödie hatte der eine "Rivale der Liebe" den andern im Zweikampfe zu töten. Das Duell "steigt" bühnenmässig. Der zu Tötende fällt auch richtig hin. Aber im Fallen, wie das vorkommen kann, passiert ihm etwas Menschliches. Als der brummende Ton in den ersten Reihen des Parketts ein leises Gekicher hervorrief, versuchte der erfolgreiche Gegner die Situation zu retten, indem er rief "Was, du röchelst noch?!" und dem Gestürzten einen Gnadenstoss versetzte.

JoP.

SPD. Erkenne dich selbst!^x Bei einem Fussballtraining schrie der Mittelstürmer den Tormann an: "Du Rindvieh!" Worauf der Tormann zurückgab: "Dämliches Domäffe!" Hier mischte sich der Linksaussen ein: "Nach dieser Feststellung der Identität bitte ich, im Spiel fortzufahren.....!"

Der Leuchtturm.

Roman von Paul Reboux.

Deutsche Rechte: Rembrandt-Berlag, Berlin-Zehlendorf.

19)

SPD. "Pst! Hör' nur!"

Mit vor Angst weit geöffnetem Munde hob Le Hern die Hand, um Schweigen zu gebieten. Das spöttische Kreischen, das sie gehört hatten, begann wieder, etwas entfernter, erstickt, aber zweifellos im Turme selbst.

"Hörst du?"

Sie packten den Tisch und die Stühle, um sie als Barrikade vor der Tür aufzubauen. Sie assen nicht zu Abend und blieben auch in dieser Nacht wach.

Als der Tag gekommen war - ein glanzloser, schmutziggrauer Tag, über dem die Sonne wie eine über dem Wasser hängende rote Kugel aufging - beratschlagten sie über ihre Lage. Die "Marie-Jeanne" konnte nicht vor fünf Tagen kommen, auf andere Hilfe war nicht zu rechnen, denn während der Novembernebel wagte sich niemand in diese gefährliche Gegend. Sie waren also für fünf Tage gefangen. Würden sie es bis dahin aushalten? Sie hatten einen sehr geringen Vorrat an Lebensmitteln, der gerade für drei Tage reichte. Auf Brot und Speck machten sie mit dem Messer ihre Einteilung. Die Teile waren lächerlich klein. Und Wasser fehlte ihnen gänzlich!

Nach dieser Prüfung wollte Brenellec den Tag, der Gott gehört, benutzen, um den Proviant zu ergänzen. Kaum waren die Möbel geräuschvoll beiseite gerückt worden, als das höhnische Kichern erscholl. Verstört richteten sie die Barrikade wieder her.

Vierundzwanzig Stunden vergingen, in deren Verlauf sie einsahen, dass ihre freiwillige Einschliessung unerträglich werden würde. Das Zimmer, in dem sie sich hätten aufhalten müssen, war ganz klein und durch die Treppe, die zur Laterne führte, fast ganz ausgefüllt. Das zwangsweise Beieinandersein, das selbst, wenn es von angenehmen Trennungen unterbrochen ist, peinlich ist, wird unerträglich, falls gar keine Pause eintritt. Ausserdem wurden sie von Hunger und hauptsächlich von Durst geplagt.

Am nächsten Tage wurde es noch schlimmer. Sie bekamen Ohrensausen; ihr Kopf schien in einen Schraubstock eingespannt; sobald sie aufstanden, zwang ein Schwindelanfall sie wieder nieder, und ihr Magen tat ihnen weh.

Während der Nacht nahm ihre Müdigkeit noch zu. Sie konnten nicht schlafen, denn alle Augenblicke weckte einer den anderen; jedes Geräusch schien ihnen verdächtig, es war kein Wasser vorhanden, um das Fieber zu lindern, das in ihnen brannte. Ihre Zunge war belegt, ihre Hände waren heiss und trocken; plötzliche Hitze übergoss sie wieder in plötzlichen Anfällen. Da kamen sie auf den Einfall, um sich Wasser zu verschaffen, eine Bluse auf die Terrasse in den Nebel zu legen. Sie würde sich vollsaugen; sie könnten an ihr lutschen und so wenigstens die Illusion von Süsswasser sich verschaffen. Aber der Nebel gab der Bluse den gleichen Salzgeschmack, als wenn man sie ins Meer getaucht hätte; und ausserdem bereitete das entsetzliche und knirschende Gefühl der Zähne, die sich in die Wolle bohrten, grösseren Schmerz als der Durst selbst.

Trotzdem brauchten sie irgend etwas zu trinken, irgend etwas zu knabbern. Es war ihnen, als würden ihre müssigen Zähne im Zahnfleisch beweglich, als klebten die Wände des Gaumens aneinander. Sie kauten ihren Tabak und schluckten den bitteren Saft hinunter; sie kauten Leder und Leinwand. Fürchterliche Brechanfälle quälten ihre leeren Mägen. Und sie näherten sich dem Delirium. Sie sprachen von üppigen Mahlzeiten, die sie einst eingenommen hatten, von Hochzeitstafeln, an denen man Hühnchen, Omelettes mit Speck oder Zucker und feinste Krapfen aufgetisch und bei denen man Wein und schäumenden Most getrunken hatte. Diese Erinnerungen berauschten ihre schwachen Köpfe. Sie fühlten wirk-

lich den Geschmack der Dinge, von denen sie sprachen, die saftigen Saucen, das zarte Fleisch, den Geschmack des Apfelweins und die duftende Herbheit des Weines.

Diese Gespräche erfüllten sie mit so grossem Fieber, dass sie zum zweiten Male den Entschluss fassten, hinunterzugehen.

Als die Tür sich öffnete, erscholl das höhnische Kichern.

Da wurden sie von einem richtigen Anfall von Wahnsinn auf die Knie gedrückt, und sie begannen zu heulen, um dieses Geräusch zu übertönen; aus Leibeskräften schrien sie ihre Paternoster, ihre Aves, Bruchstücke von Litaneien und Gebeten, und sie brüllten sich die Kehle heiser, damit Gott sie höre...

In einer kurzen Atempause hörten sie abermals das Lachen, aber drohender, spöttischer denn je.

Die Tür war offen geblieben. Jetzt würde er kommen. Jetzt würde er sie packen!

Zitternd und stumm kletterten die beiden Wächter die Treppe zur Laterne hinauf; ihre Köpfe waren tief geneigt, und eng nebeneinander tasteten sie sich wie armselige, in diese letzte Zuflucht verschlagene Tiere auf die Terrasse hinaus. Es regnete. Der Horizont ging in einen zinngrauen Himmel über; das bleiche Wasser wurde von unzähligen Tropfen getroffen, die unter ihrem beständigen Hämmern die Linien der Wellen furchten und zerstörten und das ganze Meer in eine düstere und knisternde Oberfläche verwandelten. Die Kuppel des Leuchtturms triefte. Sie verloren sich in einem Geräusch von Wasser, in einer eisigen Hülle aus Wasser, das durch ihre Kleidung bis auf die Haut drang. So verbrachten sie drei Stunden. Erst gegen Abend entspannten sich ihre Nerven etwas, und ihr Pflichtbewusstsein liess sie an das Anzünden der Laterne denken. Sie schlichen hinein, ohne die Aufmerksamkeit des Bösen auf sich zu lenken.

Es konnte nicht so weiter gehen. Zweimal schon hatte Le Hern das Bewusstsein verloren. Sie konnten doch nicht Hungers sterben... Da niemand die bei den ersten Befürchtungen gehisste Alarmflagge bemerkt hatte, waren sie nur auf sich selbst angewiesen. Und sie dachten an das Beiboot, das sie von der Terrasse aus gesehen hatten. Hier jedoch ergab sich ein schwieriges Problem. Fliehen bedeutete ihren Posten im Stich lassen. Dazu hatten sie kein Recht. Als Le Hern, von wahnsinniger Angst gepackt, Fluchtpläne schmiedete, sammelte Brenellec seine ganze Energie, um ihm das Unwürdige einer Fahnenflucht vor Augen zu halten. Seine ganze Vergangenheit protestierte gegen ein solches Verhalten. Sollten sie auf ihrem Posten sterben, so sollte es wenigstens ein ruhmreicher Tod sein!

Gerade als er diesen Gedanken ausführte, hörte man abermals das entsetzliche Lachen.

In normalem Zustande hätten sie ihre Massnahmen ergriffen. Aber in ihrem vom Hunger entkräfteten Körper hatte ihr Verstand sein Gleichgewicht verloren.

"Nein, nein...", sagte Le Hern, "da gibt es keinen Ausweg nach rechts und keinen nach links... Satan will sein Recht haben. Zum Boot!... Machen wir, dass wir fortkommen!... Das ist der einzige Weg."

Brenellec, der vom Fieber verbrannt und von Magenkrämpfen gequält war, hatte gerade noch die Kraft zu murmeln:

"Lass mich noch die Lampe füllen..."

Denn die Stunde des Anzündens war gekommen. Mit zitternder Hand goss er das Petroleum aus dem Reservoir, während sein Kamerad Wache stand.

Fortsetzung folgt.